

Sozialdemokratischer Pressedienst

Gründer und Chefredakteur:
Erich Kästner, Berlin.
Verleger: Kurt Schumacher 4126/4128



Redaktion für Berlin und Umgebung:
Berlin O 261, Tele. Köpenick 1121
Verleger: Köpenick

Die Redaktion ist im Gebäude
des Reichsverbandes der Deutschen Arbeitervereine, Berlin, Köpenick 1121
an der Köpenicker Straße, Ecke Köpenicker Platz 1121/1122

Berlin, den 9. Dez. 1932.

Alarm um den Völkerbund!

Int. Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

SPD. Der Völkerbund steht jetzt vor der Entscheidung, der er seit einem Jahre systematisch ausgewichen ist. Er muss jetzt endlich in dem Konflikt um die Mandschurei Farbe bekennen.

Die Grossmächte, die in Genf tonangebend sind, hätten die Möglichkeit gehabt, schon im Herbst 1931 den Konflikt im Keime zu ersticken, indem sie das offenkundige Unrecht Japans sofort festgestellt und dem Angreifer zumindest wirtschaftliche Repressalien angedroht hätten. Dazu hat ihnen der Mut gefehlt. Unter Führung von Briand, der nur noch ein Schatten seiner selbst war, und dem englischen Außenminister Sir John Simon, der immer nur schöne Reden hält, aber ein Musterbeispiel des Mangels an Tatkraft ist, haben die Mächte es vorgezogen, Zeit zu gewinnen. Diese Zeit hat Japan rücksichtslos ausgenutzt, um immer neue vollendete Tatsachen zu schaffen, ungeachtet der Untersuchungskommission, die der Völkerbund nach dem Fernen Osten zu entsenden beschlossen hatte. Sogar die grausame militärische Strafexpedition, die die Japaner mitten im Frieden gegen die Zivilbevölkerung von Schanghai unternahmen, ist ohne Sühne geblieben. Der Völkerbund erreichte zwar die Einstellung der Feindseligkeiten, aber nur um den Preis, dass die Japaner ihre Herrschaft in der Mandschurei weiter befestigten und den künstlichen Staat Mandschukuo mitten während der Untersuchungstätigkeit der Völkerbundskommission ins Leben riefen!

Diese Passivität des Völkerbundes, der immer wieder vor der japanischen Austrittsdrohung zurückwich, hat den Glauben der Welt an den Völkerbundsgedanken schwer erschüttert. Indessen hatte man die öffentliche Meinung immer wieder auf den Bericht der Kommission vertröstet, und als dieser im Spätsommer dieses Jahres veröffentlicht wurde, durfte man wieder hoffen, dass der Völkerbund seine Ehre und seine Existenz dennoch retten würde. Denn der Lytton-Bericht war eine mutige Tat. Er stellte die Schuld Japans eindeutig fest, ebenso wie er nach, dass der "unabhängige" Mandschurei-Staat ein japanischer Schwindel sei. Wenn auch die Kommission in ihren Vorschlägen manche "realpolitische" Konzession an die japanischen Wünsche zu machen bemüht war, so war sie immerhin in ihren Schlussfolgerungen bemüht, das verletzte Recht weitgehend wiederherzustellen.

Jetzt gab es für den Völkerbund kein Ausweichen mehr. Aber wieder einmal setzt die japanische Erpressung ein, noch brutaler, noch zynischer als je zuvor. Und nun, wo endlich die Vollversammlung zur Beratung über den Lytton-Bericht zusammentrat, gaben die Grossmächte abermals das Signal zur Kapitulation. Demgegenüber haben die Vertreter Spaniens (Madariaga) und der Tschechoslowakei (Benesch), sowie der Delegierte Irlands, darauf hingewiesen, dass es für den Völkerbund eine Frage auf Leben und Tod ist, China nicht im Stich zu lassen und den Kommissionsbericht gutzuheissen. Sie haben sogar

eine mutige Resolution eingebracht, in der unzweideutig festgestellt wird, dass Japan einen dreifachen Vertragsbruch - am Völkerbundsstatut, am Kellogg-Pakt und am Washingtoner Neunmächtevertrag - begangen hat.

Abermals erhebt Japans Delegierter Matsuoka seine Stimme und droht mit Konsequenzen - also mit dem Austritt Japans aus dem Völkerbund - wenn die Versammlung irgendeinen Beschluss fasst, den die japanische Regierung als Kränkung empfinden würde! Abermals sind es die Grossmächte unter Führung Englands, die die kleinen Mächte in ihrem Kampf um das Recht des Angegriffenen im Stich lassen und dem Angreifer moralische Hilfe leisten. Sir John Simon hat nicht etwa die Annahme des Lytton-Berichtes mit den entsprechenden Konsequenzen vorgeschlagen, sondern "direkte Besprechungen" zwischen China und Japan. Wir wissen, was das praktisch bedeuten würde: neue Verzögerung der Entscheidung, neue vollendete Tatsachen, die Japan inzwischen schaffen würde, um dann zu erklären, dass eine Verständigung mit China unmöglich sei und dass Japan eine weitere Einmischung in die Mandschurei-Frage nicht dulden könne.

Wir warnen! Man hat die öffentliche Meinung der Welt ein volles Jahr lang auf den Kommissionsbericht vertröstet und versichert, dass der Völkerbund erst seine Pflicht erfüllen könne, wenn er im Besitz aller Unterlagen sein würde. Jetzt ist der Bericht da, sein Sinn ist unzweideutig, seine Vorschläge sind durchführbar - und dennoch wollen sich die Mächte abermals vor der Verantwortung drücken! Wenn das geschieht, dann wird jeder Glaube an den Völkerbund bei den grossen Nationen und erst recht bei den kleinen endgültig zerstört werden. Die Folgen wären geradezu katastrophal. Es wäre dies ein Triumph der Imperialisten und Militaristen aller Länder, die immer den Völkerbundsgedanken als Utopie verspottet haben und die nun scheinbar recht behielten. Das neue Wettrüsten kann dann beginnen, der neue Weltkrieg ist dann nur noch eine Frage der Zeit.

Wollen sich die Völker das alles widerspruchslos gefallen lassen? Sie müssen ihre Stimme erheben und fordern, dass die grossen Mächte, die in Genf massgebend sind, ihre Pflicht erfüllen: keine weiteres Zurückweichen vor Japan, Annahme des Lytton-Berichtes, Durchführung seiner Vorschläge und, wenn es sein muss, gemeinsame Sanktionen zumindest wirtschaftlicher Art gegen Japan. Nur so ist der Friede zu retten, nicht nur der Friede im Fernen Osten, sondern der Friede der Welt!

SPD. Im Sommer 1930 hatte Dr. Otto Strasser, der Führer der Nazi-Opposition und Bruder von Gregor Strasser, einen schweren Konflikt mit dem Oberstaatsanwalt, weil er zu der Ueberzeugung gelangt war, dass Hitler seinen "Sozialismus" längst vollkommen preisgegeben hatte. Es kam zu einer Unterredung zwischen Strasser und Hitler, über die Strasser sorgfältige Aufzeichnungen gemacht hat, die er später gedruckt und unter dem Titel "Ministersessel oder Revolution" herausgegeben hat.

Jetzt, nach der plötzlichen "Beurlaubung" Gregor Strassers durch Hitler - nicht etwa durch den Reichstagspräsidenten oder durch den Reichstag! - gewinnen die Aufzeichnungen Otto Strassers wieder aktuelles Interesse. Einige seiner Angaben sollen hier angeführt werden. Hitler verlangte von Otto Strasser unbedingte Unterwerfung, genau so wie er sie von seiner ganzen Umgebung verlange: "Sie sehen, wie Ihr Bruder sich dieser Disziplin unterwirft, auch wenn er nicht immer meiner Meinung ist. Ich frage Sie jetzt, ob Sie sich dieser Disziplin ebenfalls unterwerfen wollen oder nicht." - Darauf hat Dr. Otto Strasser geantwortet,

Hitler solle sich nicht verführen lassen, durch die Kreaturen um ihn herum. Wörtlich: "Wie wenige von diesen Mitarbeitern sind rein geistig in der Lage, ein eigenes Urteil zu haben, wie wenige erst haben den Charakter,

dieses Urteil zu äussern, wenn es von dem Ihrigen abweicht. Oder glauben Sie z.B. mein Bruder (Gregor Strasser) würde so brav Disziplin üben, wenn er nicht wirtschaftlich durch sein Mandat von ihnen abhängig wäre?"

Wenn Gregor Strasser in neuerer Zeit trotz dieser Behauptungen seines Bruders gewagt hat, eine andere Stellung einzunehmen als Hitler, so darf daraus geschlossen werden, dass entweder Gregor Strasser in bessere Verhältnisse gekommen ist, oder dass ihm die Politik Hitlers und seiner näheren Umgebung einfach unerträglich geworden war.

SPD. Karlsruhe, 9. Dezember (Eig. Dr.)

Der badische Landtag stimmte am Freitag in zweiter Lesung dem Gesetzesentwurf über die Kirchenverträge zu. Sie wurden mit 44 Stimmen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei gegen 42 Stimmen der anderen Parteien angenommen

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion hat zu den blutigen Vorfällen in Königsberg in der Nacht vom 31. Juli zum 1. August folgenden Antrag eingebracht:

"Während im Reich die Schuldigen an den blutigen Nazi-Terrorakten in der Wahnacht zum 1. August d. J. zumeist gefasst und abgeurteilt worden sind, sind die Mordbrenner des Königsberger Blutmontags bis heute nicht einmal ermittelt, geschweige abgeurteilt. Eine Reihe von allgemein bekannten Momenten der Voruntersuchung lassen den Schluss zu, dass die Untersuchungsbehörden keinen besonderen Eifer in der Ermittlung der Schuldigen an den Tag legen. Auf der anderen Seite sind eine Anzahl unter schwerstem Verdacht der Täterschaft oder Mittäterschaft stehenden Personen aus den Kreisen der Nationalsozialisten nach kurzer Untersuchungshaft wieder in Freiheit gesetzt worden, obgleich die Schuldmomente zum Teil bereits als erwiesen galten (Fall: Perbandt, Sarkander u. a.)

Hinter bereits bekannte, aber flüchtige Täter wurden erst auf Drängen der Geschädigten lange nach der Tat nicht öffentliche Steckbriefe erlassen. Im Danziger Freistaat ermittelte Täter wurden dort nicht verhaftet, weil kein Auslieferungsantrag vorlag. In Linz verhaftete schwerverdächtige Nationalsozialisten sind bisher gleichfalls nicht ausgeliefert worden, weil man anscheinend die Auslieferungsverhandlungen gerade nicht beschleunigte.

Im Falle des Amtsvorstehers Gallowski (Norgau) wurde vom Regierungspräsidenten erst auf Drängen des Bezirksvorstandes der SPD Ostpreussen eine Belohnung für die Ermittlung der Täter ausgesetzt. Um die intellektuellen Anstifter der schweren Verbrechen hat sich die Untersuchungsbehörde bisher anscheinend überhaupt nicht gekümmert. Dafür wurde das Verfahren gegen einige der Brandstifter vom 1. August gesondert durchgeführt, obgleich diese Brandstiftungen mit den Morden und Mordversuchen im engsten Zusammenhang standen. Das Gericht hat dabei die Anklage wegen schweren Landfriedensbruch garnicht erst erwogen, obgleich der Tatbestand dieses Delikts unzweifelhaft erfüllt war. Die schwersten Brandstiftungs- und Brandbombenanschläge auf die Hartung'sche Zeitung und das Otto Brauh-Haus sind bis heute noch nicht aufgeklärt, obgleich es bekannt ist, dass Sturm I der SA hier "gearbeitet" hat.

Eine Reihe Königsberger Zeitungen berichtete in aller Öffentlichkeit von der Beihilfe, die Pfarrer Willigmann den Mordbrennern angedeihen liess. Es ist weder von Willigmann irgendeine Berichtigung erschienen, noch hörte man von seiner Verhaftung oder der Entfernung aus seinem Amt durch die Kirchenbehörde. Alle diese Umstände weisen auf eine passive Begünstigung der Täter durch beamtete Personen hin. Das Rechtsempfinden weiter Kreise wird dadurch

Schwer verletzt. Wir beantragen daher:

Der Landtag wolle daher beschliessen das Staatsministerium zu ersuchen die Untersuchung gegen die schuldigen Mordbrenner nunmehr rücksichtslos mit der grössten Beschleunigung und Strenge durchzuführen und die an der Verzögerung evtl. schuldigen Beamten zur Rechenschaft zu ziehen.

SPD. Braunschweig, 9. Dezember (Eig. Dr.)

Der braunschweigische Hochschulstreit wird nun auch das Parlament beschäftigen. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Braunschweigischen Landtag einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem Klagges eine Missbilligung ausgesprochen wird. Ferner erwartet die Fraktion, dass mit grösster Beschleunigung alle Massnahmen getroffen werden, die wieder zu geordneten Zuständen an der Hochschule führen.

Inzwischen hat sich auch die Stahlhelmhochschulgruppe gegen Klagges gewandt. Sie erklärt, dass sie bisher sehr gut mit Rektor und Senat gearbeitet habe und nie irgendwie unterdrückt worden sei. Sie habe infolgedessen den Schutz des Ministers nicht nötig. In einer allgemeinen Studentenversammlung forderten die Studenten Rückgabe der Disziplinargewalt an den Rektor, damit der Vertrauensmann des Ministers, der Lehrerstudent Gille, der vor kurzem wegen Kreditschwindeleien verurteilt wurde, disziplinarisch belangt werden könne.

Der sozialdemokratische Dringlichkeitsantrag wird am 14. Dezember beraten werden.

SPD. Der Reichstag hat am Freitag den sozialpolitischen Teil der Papennotverordnung vom 4. September mit den Stimmen aller Parteien bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen aufgehoben. Damit ist die Aktion, die die Sozialdemokratie am 12. September durch den Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens begonnen hat, erfolgreich abgeschlossen. Das Verdienst, den mit dem sozialpolitischen Teil der Notverordnung verbundenen Anschlag auf die sozialen Rechte und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, abgewehrt zu haben, kann in erster Linie die Sozialdemokratie für sich in Anspruch nehmen.

Mit diesem Beschluss des Reichstags verschwindet aber nicht nur die in der Notverordnung vom 4. September enthaltene Generalermächtigung für die Regierung, jede ihr zusagende Veränderung in der sozialpolitischen Gesetzgebung vorzunehmen, sondern es wird auch der Notverordnung vom 5. September der Boden entzogen. Diese Notverordnung brachte den Einbruch in das Tarifrecht, die zwangsweise Lohnkürzung bei Neueinstellung von Arbeitskräften bzw. Verkürzung der Arbeitszeit. Auch diese Bestimmungen, gegen die sich der unmittelbare Widerstand der Arbeiter sofort in zahlreichen Streikbewegungen äusserte, sind damit erledigt.

Der passive Widerstand, den die Regierung Papen dem sozialdemokratischen Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens entgegensetzte, hat zwar die Besel-tigung des sozial-reaktionären Teils der Notverordnung verzögert, aber nicht verhindern können. Das gleiche ist von den Kommunisten zu sagen. Auch ihre Haltung war zweispältig, unwahrhaftig und gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet. Statt das Verlangen der Sozialdemokratie nach einem Volksbegehren zu unterstützen, bekämpften es die Kommunisten. Sie lieferten der Regierung Papen damit erst die Möglichkeit, sich jeder Stellungnahme zu dem Volksbegehren-Antrag der Sozialdemokratie zu entziehen. Die Wahrung der Rechte und Interessen der Arbeiterklasse blieb auch in diesem Falle wie immer allein der Sozialdemokratie überlassen, die durch ihr Vorgehen auch die bürgerlichen Parteien zwang, von der brutalen Form der Reaktion, wie sie das Papen-Regiment verkörperte, abzurücken.

SPD. Weimar, 9. Dezember (Eig. Drahtb.)

Das Thüringer Staatsministerium hat beschlossen, gegen den Studienrat Dr. Fiedler vom Reformgymnasium Altenburg das Dienststrafverfahren einzuleiten, weil sich Fiedler weigert, den in der Bekanntmachung des Volksbildungsministeriums vom 10. Oktober 1932 allgemein angeordneten Wechselspruch gegen den Versailler Kriegsschuldartikel, wie vorgeschrieben, am Schluss der letzten Wochenstunde sprechen zu lassen. In der Begründung sagt die Regierung, dass sie es als eine Gefährdung der Ordnung und des Eingehens der Schule betrachtet wenn oberbehördliche Anordnungen nicht befolgt werden. Fiedler ist vorläufig seines Amtes enthoben worden.

Fiedler ist parteilos. Er weigert sich, den Wechselspruch sprechen zu lassen, weil er die Seelen der Kinder nicht vergiften will. Mit Fiedler ist die gesamte thüringische Lehrerschaft gegen das nationalsozialistische Volksbildungsministerium. Die Lehrerschaft betrachtet das Verlangen des Volksbildungsministers als einen Verstoss gegen Artikel 148 der Reichsverfassung.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstages ist zu seiner ersten Arbeitstagung für Montag nächster Woche, 11 Uhr vormittags, einberufen worden. Er soll den ihm vom Plenum überwiesenen Beratungstoff, namentlich die Anträge über Winterhilfe, in Angriff nehmen.

SPD. Dresden, 9. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Stadt Dresden, die seit Oktober die fälligen Zinsen nicht oder nur teilweise zahlen konnte, hat für Anfang 1933 eine Gläubigerversammlung einberufen. Sie will dieser Versammlung den Antrag unterbreiten, die am 1. Februar 1933 fällig werdende Kapitalrückzahlung in Höhe von 2 Millionen Mark zu stunden.

SPD. Die vom Reichstag beschlossene Amnestie ist die weitgehendste, die bisher nach 1918 gewährt worden ist. Grundsätzlich ausgeschlossen sind nur Verbrechen gegen das Leben, wenn dabei ein Mensch getötet oder verletzt worden ist; gemeingefährliche Verbrechen mit Todesfolge, Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse, wenn die Tat aus Eigennutz begangen ist, Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, Verbrechen des schweren Raubes und hochverräterische Unternehmungen, die darauf abzielen, Reichswehr und Polizei zu zersetzen.

Im übrigen wird Straffreiheit gewährt für Straftaten, die aus politischen Beweggründen oder aus Anlass wirtschaftspolitischer Kämpfe, z.B. Verkehrsstreik, begangen sind, ferner für Straftaten, die infolge wirtschaftlicher Not des Täters oder seiner Angehörigen, insbesondere Arbeitslosigkeit verübt worden sind. Bei Straftaten aus wirtschaftlicher Not muss allerdings als Voraussetzung vorliegen, dass der Täter entweder gar nicht oder nur mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafen von insgesamt höchstens 3 Monaten vorbestraft ist. Ausserdem muss die weitere Voraussetzung erfüllt sein, dass die Strafe, die erlassen werden soll, entweder eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von nicht mehr als 6 Monaten ist.

Die Straffreiheit bei politischen Straftaten unterliegt wesentlich geringeren Einschränkungen. Zwar hat der Reichstag davon abgesehen, eine sogenannte Totalamnestie zu beschliessen, d.h. alle in diesen Fällen ausgesprochenen Strafen ganz zu erlassen. Der Straferlass richtet sich vielmehr

nach der Höhe der Strafe. Vollständig erlassen werden Strafen, wenn sie in Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren allein oder nebeneinander bestehen. Ist vom Gericht eine höhere Strafe ausgesprochen, so wird sie zunächst um 5 Jahre gemindert, die dann verbleibende Reststrafe wird auf die Hälfte herabgesetzt. Dabei tritt an die Stelle von Zuchthaus die entsprechende Gefängnisstrafe. Wer z.B. wegen eines politischen Verbrechens zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, hat nur noch $2\frac{1}{2}$ Jahre Gefängnis zu verbüssen. Hat er schon einen Teil der Strafe verbüsst, so wird auch dieser Teil von der noch zu verbüssenden Strafe abgezogen.

Unter das Gesetz über Straffreiheit fallen aber nicht nur die Strafen, die von Gerichten bereits verhängt worden sind, sondern auch Strafverfahren, die entweder erst eingeleitet oder noch nicht rechtskräftig abgeurteilt worden sind. Ausser den Straftaten, bei denen ein Strafverfahren überhaupt noch nicht in Gang gekommen ist. Strafverfahren, die wegen einer Straftat aus wirtschaftlicher Not eingeleitet sind, werden eingestellt, wenn nach Auffassung des Gerichts der Täter keine schwerere Strafe als Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu 6 Monaten zu erwarten hat. Auch in diesem Fall darf der Täter nur mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafen, von insgesamt höchstens 3 Monaten vorbestraft sein. Strafverfahren wegen politischer Straftaten werden eingestellt, wenn keine schwerere Strafe als Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren zu erwarten steht. Ist eine schwerere Strafe zu erwarten, so wird das Verfahren zunächst fortgesetzt, d.h. der Täter wird abgeurteilt. Das Gericht darf aber keine schwerere Strafe verhängen, als bei Anwendung der Straffreiheitsbestimmungen für bereits abgeurteilte Straftaten übrig bleiben würde. In dem oben gezeigten Beispiel darf also der Täter nicht zu 10 Jahren Zuchthaus, sondern nur zu $2\frac{1}{2}$ Jahren Gefängnis verurteilt werden.

Die Straffreiheit in allen Fällen erstreckt sich nur auf Straftaten, die vor dem 1. Dezember 1932 begangen worden sind. Darüber, ob ein Täter unter die Amnestie fällt, entscheiden die Gerichte. Ist die Tat noch nicht abgeurteilt, muss ein Antrag auf Einstellung des anhängigen Verfahrens beim zuständigen Gericht gestellt werden. Gegen die Entscheidung findet sofortige Beschwerde statt. In Privatbeleidigungssachen, z.B. Beleidigungsprozessen, werden die Kosten des Verfahrens niedergeschlagen. Die dem Privatkläger und dem Beschuldigten erwachsenen notwendigen Auslagen kann das Gericht angemessen verteilen oder einem von ihnen ganz auferlegen.

Die Amnestie ist erwachsen aus dem Gedanken der ungeheuren wirtschaftlichen Not im deutschen Volke und unseren zerrütteten politischen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Gelingt es, auf beiden Gebieten alsbald zu besseren Zuständen zu kommen, so ist der schwere Eingriff in die Strafrechtspflege, den sie darstellt, hinreichend gerechtfertigt.

SPD. Dortmund, 9. Dezember (Eig. Drahtb.)

Das Sondergericht Dortmund fällte am Freitag im Landfriedensbruchprozess gegen Mitglieder des Kamener Reichsbanners das Urteil. Zwei Reichsbannerleute erhielten wegen schweren Landfriedensbruchs neun Monate Gefängnis, ein Reichsbannermann wurde zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen vier Reichsbannerleute erkannte das Gericht wegen einfachen Landfriedensbruchs auf fünf Monate Gefängnis. Zwei Reichsbannerleute wurden freigesprochen. Wegen der Tötung des Reichsbannermannes Ferkau schwebt noch ein Verfahren gegen Unbekannt.

Am Abend des 28. Juli war es auf der Strasse Unna-Kamen zu einem blutigen Zusammenstoss zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten gekommen. Der Reichsbannermann Ferkau wurde durch einen Lungensteckschuss tödlich

verletzt. Die Anklage warf den Angehörigen des Reichsbanners vor, den Zusammenstoss verschuldet und zuerst geschossen zu haben. Es bestehe sogar der Verdacht, dass Ferkau von seinen eigenen Kameraden versehentlich erschossen worden sei. Die Angeklagten behaupten dagegen, dass die Nationalsozialisten von ihren Rädern gestiegen und aus den Strassengraben heraus gefeuert hätten. Die Zeugenaussagen waren wenig ergiebig.

SPD. Genf, 9. Dezember (Eig. Drahtb.)

Trotz aller Reden der Vertreter kleinerer Staaten hat sich die Völkerbunds-Vollversammlung am Freitag vor den Drohungen Japans und der ausweichenden Taktik der Grossmächte in das übliche Verfahren zurückgezogen. Alle Reden und Anträge wurden dem Neunzehner-Ausschuss überwiesen, der Vorschläge für eine Lösung des Mandchureikonflikts im Sinne einer Verständigung zwischen den Parteien ausarbeiten und der Vollversammlung in möglichst kurzer Zeit überreichen soll. Im Januar soll dann ein Verständigungskomitee zusammentreten, dem wahrscheinlich auch Sowjet-Russland und Amerika angehört werden.

Die Vollversammlung vertagte sich bis auf weiteres. Vorher wurde noch mit 42 gegen eine Stimme bei einer Enthaltung die Ernennung des Franzosen Avenol zum Generalsekretär des Völkerbundes ab 1. Juli 1933 bestätigt und der ausscheidende Generalsekretär Sir Erik Drummond mit der Feststellung geehrt, dass er sich verdient gemacht habe um den Bund und den Frieden. Sein Bild soll im Versammlungssaal aufgehängt werden.

SPD. "Sie lügen, sie lügen", das ist eine der ständig wiederkehrenden Rubriken in der Nazipresse. Was je an Tatsachen von einem gegnerischen Blatt aus der Hitlerpartei und über ihre Führer verbreitet worden ist, "sie lügen" - kommandierten am nächsten Tag die Braunen Häuser und basta!

Nach dem Sturz von Papen setzte der grosse Kuhhandel zwischen Hitler und Schleicher ein und während "der Führer" mit gepuderten Wangen wie eine Prima-donna am Abend in der Loge der Berliner Staats-Oper sass, raufte sich im "Kaiserhof" die Goebbels, Frick, Strasser und Göring um die Zahl der Minister-sessel. So laut waren die Intrigen und das Durcheinander, dass die Presse-stelle der Nazi-partei folgende "wahrheitsgemässe" Mitteilung und Berichtigung versandte:

"Wie seit Bestehen der NSDAP, besonders in politisch erregten Zeiten üblich, veröffentlicht die gegnerische Presse auch jetzt wieder in verschiedenartiger Aufmachung aus der Luft gegriffene Zweckmeldungen über angebliche Unstimmigkeiten innerhalb der nationalsozialistischen Führerschaft. Um diesem in seiner Absicht leicht erkennbaren, dem Wunschbild der Gegner Rechnung tragenden Geschwätz ein für allemal ein Ende zu machen, erklären die Unterzeichneten, einig in unerschütterlicher Gefolgschaftstreue zum Führer der Bewegung, dass sie es unter ihrer Würde halten, in irgend-einer Form auf solche Lügen künftighin noch einmal einzugehen.

gez. Frick, Goebbels, Göring, Röhm, Strasser."

Heute ist Strasser beurlaubt, der Programmierer Feder hat ebenfalls um einen langen Urlaub nachgesucht. Der seit Monaten schwelende Konflikt zwischen den Führern hat zu einem Krach geführt, an dessen Anfang wir stehen und dessen Auswirkungen noch nicht zu übersehen sind. Was diese "Beurlaubung" von Strasser und Feder für die Nazi-partei bedeutet, beweist am besten das Berliner Nazi-blatt des Herrn Goebbels. Er schreibt:

"Wenn die gegnerische Presse glaubt, aus dieser Tatsache eine Sensation machen und Spekulationen auf einen Zerfall der NSDAP ziehen zu können, so hat sie sich gründlichgetäuscht. Ob ein Gregor Strasser beurlaubt wird oder nicht, das kann niemals etwas daran ändern, dass die NSDAP zielklar und kompromisslos ihren Weg weitergeht."

Diese Verhöhnung des einst neben Hitler mächtigsten Mannes der Nazi-Partei durch "einen" Goebbels, lässt offensichtlich darauf schliessen, dass Strasser erledigt ist, selbst wenn er in irgend einer Form wiederkehren sollte. Mit ihm ist Feder gegangen, "der Erwecker Hitlers" und der theoretische Begründer des "Nationalsozialismus".

Die Bewegung, die durch diesen Krach in der Hitlerpartei eingesetzt hat, ist nicht nur ein Machtkampf zwischen den Führern und nicht nur ein Streit um die Ministerposten. Er ist der Kampf um die künftige Struktur und Existenz der Partei. Solange die "Befreier und Erretter" nur Agitationsphrasen dreschen und den Gläubigen das "Dritte Reich" verkünden konnten, ging es bergauf. Dieser Aufstieg war nicht nur der Kitt, der die Futterkrippenjäger zusammenhilt, trotz aller Differenzen, er konnte sogar die sozialen Unterschiede zwischen den Anhängern eine gewisse Zeit verkleistern. Das "Dritte Reich" ist nicht gekommen, die Phrasen und Lügen der Führer und des Programms sind enthüllt, die Anhänger strömen enttäuscht und angewidert ab. Die Richtung Strasser ist "realpolitisch" und sucht an Ministerposten zu retten, was noch zu halten ist. Hitler-Göring mimen noch die Helden und die Goebbels sind froh, wenn sie die Konkurrenz der Strasser und Feder los sind. "Sie lügen sie lügen" und sie gehen an den eigenen Lügen und Phrasen zugrunde.

In der Hitlerpartei hat das Erwachen ebenso begonnen wie bei den Wählern.

SPD. Bitterfeld, 9. Dezember (Eig. Dr.)

Die Strafkammer in Halle verurteilte am Freitag drei Kommunisten zu zwei bis vier Monaten Gefängnis. Die Verurteilten gehörten zu einer mit Knüppel ausgerüsteten Horde, die planmässig und zweimal einen sozialdemokratischen Zeitungsträger auf der Landstrasse überfallen und schwer misshandelt hatte.

SPD. Paris, 9. Dezember (Eig. Drahtb.)

Herriot hat am Freitag den Finanz- und den Auswärtigen Ausschuss der Kammer, die zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengetreten waren, über das Schuldenproblem unterrichtet.

Der Ministerpräsident beleuchtete das Problem von der diplomatischen und finanziellen Seite aus. In dem ersten Teil seiner Ausführungen ging er auf die Geschichte der interalliierten Kriegsschulden bis zum Abschluss des Gentleman Agreement in Lausanne ein und erinnerte an die Bedingungen, unter denen das Hoover-Moratorium und das zwischen Hoover und Laval in Washington vereinbarte Kommuiqué zustande gekommen waren. Im zweiten Teil seines Vortrags setzte der Ministerpräsident die Bedeutung der beiden französischen Noten an Amerika und der beiden amerikanischen Antwortnoten auseinander. Am Schluss schilderte Herriot die französisch-englischen Besprechungen über die am 15. Dezember fälligen Zahlungen und sprach sich dabei sehr anerkannt über die Haltung Englands gegenüber Frankreich aus.

Herriot machte den Kommissionen keinerlei Andeutung über die Absichten der Regierung inbezug auf die Zahlung am 15. Dezember. Der Zweck seiner Ausführungen bestand darin, die Kommissionen in objektiver Weise über das Schuldenproblem zu unterrichten, um ihnen die Möglichkeit zu geben, die verschiedenen ihnen vorliegenden Entschliessungen vor der öffentlichen Kammer-

debatte gehau zu prüfen. Die Mitglieder der Kommissionen gewannen jedoch aus den Erklärungen Herriots und besonders aus seiner Kritik der zwischen der Zahlung und der Zahlungsverweigerung liegenden Mittellösungen den Eindruck, dass die Regierung die am 15. Dezember fälligen 19 Millionen Dollar unter der Bedingung bezahlen wird, dass sofort Verhandlungen mit Amerika über die Neuregelung des Schuldenabkommens eingeleitet werden, die der durch die Beschlüsse der Lausanner Konferenz geschaffenen Lage Rechnung trägt.

In parlamentarischen Kreisen hat sich in den letzten 24 Stunden ein bedeutender Meinungsumschwung vollzogen. Während es noch vor zwei Tagen absolut sicher war, dass sich von über 600 Abgeordneten kaum 50 finden würden, die einen Antrag der Regierung auf Zahlung der am 15. Dezember fälligen Rate unterstützen würden, kann man jetzt sagen, dass mindestens 200 Abgeordnete die Zahlung an Amerika befürworten. Die radikale Partei mit ihren 160 Mitgliedern dürfte sich geschlossen hinter die Regierung stellen und auch in den Mittelparteien kann das Kabinett auf zahlreiche Stimmen rechnen. Der Meinungsumschwung ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass die Regierung ihr Vorgehen mit ihrer Vereinbarung mit England begründet und erklärt, dass ein ablehnender Beschluss der Kammer zugleich eine Kündigung der englisch-französischen Zusammenarbeit bedeuten würde.

SPD. Paris, 9. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die amerikanische Antwort auf die zweite französische Schuldennote ist in der Nacht zum Freitag im Auswärtigen Amt eingetroffen. Auch darin lehnt Hoover jeden Zahlungsaufschub der am 15. Dezember fälligen Schuldenrate ab, obgleich er den Wert der von Frankreich angegebenen Argumente zu schätzen wisse und zugebe, dass das Sinken der Weltmarktpreise die sich aus dem Schuldenabkommen ergebenden Lasten bedeutend erhöht habe. Immerhin erklärt sich Hoover bereit, mit der französischen Regierung zusammenzuarbeiten, um eine Neuregelung des Schuldenabkommens in die Wege zu leiten. Diese Neuregelung schliesse jedoch eine vollkommene Annullierung der Schulden aus. Für Zugeständnisse, die Amerika Frankreich eventuell machen werde, müsse Frankreich wirtschaftliche Kompensationen gewähren und sich auch in stärkerem Masse als bisher für die Abrüstung einsetzen.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 9. Dezember (Eig. Ber.)

Im Reichstag begann am Freitag vormittag 11 Uhr eine Dauersitzung. Zunächst wurde das Stellvertretungsgesetz für den Reichspräsidenten mit verfassungsändernder Mehrheit angenommen. Gegen das Gesetz stimmten nur die Kommunisten und die Deutschnationalen. Das Gesetz bestimmt, dass im Falle der Verhinderung des Reichspräsidenten die Stellvertretung durch den Präsidenten des Reichsgerichts wahrgenommen wird. Das gleiche gilt für den Fall einer vorzeitigen Erledigung der Präsidentschaft bis zur Durchführung der Neuwahlen.

Das Haus setzte dann die Beratung der zahlreichen Anträge auf Aufhebung oder Veränderung Papenscher Notverordnungen fort. Für die Sozialdemokratie sprach der Gewerkschaftsführer Reissner. Er wies nach, dass der Papensche Plan gescheitert ist. Mehr als 500 000 Arbeiter sollten nach der Absicht Papen in ihrem Lohnniveau auf die stark gekürzten Löhne von 26 000 Reichsarbeitern herabgedrückt werden. Die Sozialdemokratie stelle dem bankrotten Papenplan einen eigenen konstruktiven Plan für Arbeitsbeschaffung gegenüber. Nicht Zerstörung, sondern Stärkung der Massenkauftkraft sei die Losung. Mit dem Lohnabbau müsse Schluss gemacht werden, die Entwicklung habe der Sozialdemokratie recht gegeben. Es sei notwendig und möglich, eine Milliarde Reichsmark aus Anleihemitteln für Arbeitsbeschaffung herauszubringen. Ausserdem sei die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit erforderlich.

Heftige Vorwürfe machten sich wieder Nationalsozialisten und Kommunisten, weil sie sich gegenseitig die Schuld an dem Scheitern des Berliner Verkehrsarbeiterstreiks zuschoben. Der Deutsche Volkspartei Dr. Hugo verteidigte den Kapitalismus, der nur durch Sozialdemokraten und Kommunisten an seiner vollen Entfaltung gehindert sei. Er und der deutschnationale Abgeordnete Dr. Schmidt-Eichwalde wandte sich scharf dagegen, dass der Reichsregierung die Ermächtigung auf Abänderung der sozialpolitischen Gesetzgebung genommen werde. Die deutsche Sozialpolitik dürfe nicht wieder den Gewerkschaften ausgeliefert werden.

Ein vom Zentrum eingebrachter Gesetzentwurf und damit ein gleichlautender Entwurf der Sozialdemokratie, der die Aufhebung des zweiten Teils der sozialpolitischen Massnahmen der Notverordnung vom 4. September fordert, wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen. Damit hat die Sozialdemokratie in diesem Reichstag einen ersten bedeutenden Erfolg erzielt. Es handelt sich um die Aufhebung der allgemeinen Ermächtigung der Reichsregierung zur Abänderung von sozialpolitischen Gesetzen und der Ermächtigung zur Zerschlagung von Tarifen. Dieser Gesetzentwurf entspricht dem Inhalt des von der Sozialdemokratie eingeleiteten Volksbegehrens. Bei den weiteren Abstimmungen ergab sich eine hochpolitische Situation. Es lagen sowohl von der Sozialdemokratie wie von den Kommunisten Anträge auf allgemeine und vollständige Aufhebung der Papenschen Notverordnungen vor. Die Nationalsozialisten haben bisher sowohl gegenüber dem Reichskanzler Brüning wie gegenüber dem Reichskanzler Papen die Aufhebung der Notverordnungen durch den Reichstag gefordert. Jetzt machten sie unter Führung Dr. Fricks allerlei parlamentarische Manöver, um zu verhindern, dass über die Aufhebung der Notverordnungen eine Entscheidung getroffen würde. Ihre Taktik lief darauf hinaus, im Sinne ihrer Tolerierungspolitik für das Kabinett Schleicher der Reichsregierung keine Schwierigkeiten zu machen, sondern die gesamten Anträge zu den Notverordnungen in den Ausschuss zu überweisen. So wurden mit den Stimmen der Nationalsozialisten einschliesslich der übrigen bürgerlichen Parteien alle zu den Notverordnungen gestellten Anträge zur Ausschussberatung überwiesen. Dieses Schicksal ereilte auch den sozialdemokratischen Antrag auf eine Winterhilfe an die Notleidenden. Der Abgeordnete Löbe machte darauf aufmerksam,

dass dadurch der sozialdemokratische Antrag auf Winterhilfe in Gefahr sei, nicht mehr erledigt zu werden; denn der Antrag müsse ja nach der Beratung im Haushaltsausschuss noch vor Weihnachten im Plenum des Reichstages erledigt werden und es seien auch Versuche im Gange, eine längere Vertagung des Reichstages zu erreichen. Er verlangte, dass der Haushaltsausschuss sofort zusammentrete und noch vor Weihnachten das Plenum sich mit dem Antrag beschäftige. Der sozialdemokratische Antrag auf Winterbeihilfe und einige andere derartige Anträge wurden dem Haushaltsausschuss überwiesen. Dessen kommunistischer Vorsitzender hat nun die Aufgabe, für beschleunigte Erledigung des sozialdemokratischen Antrages zu sorgen.

Eine lebhafte Debatte entspann sich dann über Hilfsmassnahmen für die Hinterbliebenen der Opfer der Explosionskatastrophe im I.G.Werk Premnitz. Die Kommunisten beantragten u.a. eine Rente von 200 Mark monatlich für jeden Fall, die Sozialdemokratie beantragt eine Summe von 25 000 Mark und Beschleunigung des Rentenverfahrens durch die Versicherungsträger. Selbstverständlich machte der kommunistische Redner auch für dieses Unglück die Sozialdemokratie verantwortlich. Der junge sozialdemokratische Abgeordnete Ebert führte den kommunistischen Schwätzer unter stürmischem Beifall der Fraktion, aber auch unter allgemeiner Aufmerksamkeit des Hauses glänzend ab. Er verlangte eine neue eingehende Untersuchung des Betriebes hinsichtlich der etwaigen Lagerung von Explosivstoffen aus der Kriegszeit und forderte eine Neuregelung des Lehrlingswesens zwischen den Tarifträgern. Die Antreiberei und die Anwendung übersteigter Rationalisierungsmethoden seien nur möglich, weil der Kommunistenputschismus die Gewerkschaften schwäche.

Der kommunistische Antrag wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen unter Ablehnung der Forderung, dass der Betrieb bis zum Abschluss der Untersuchung geschlossen werden solle. Rechtliche Folgen wird übrigens die Annahme des Antrages nicht haben, da das Parlament die Firma nicht zur Zahlung von Entschädigungen zwingen kann. Der sozialdemokratische Antrag wurde dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Abg. Löbe (Soz) beantragte, als die zweite und dritte Beratung der Amnestieentwürfe ausgerufen wurde, die Unterbrechung der Sitzung um eine halbe Stunde, weil zu Abänderungsanträgen Stellung genommen werden müsse. Das Haus beschloss entsprechend. Es handelt sich um einen Zentrumsantrag, der die Höchstgrenze der vollkommen zu erlassenden Strafen von fünf auf zwei Jahre herabgesetzt wissen will. Ferner sollen von der Amnestie ausgenommen werden Hochverrat, der bei der Reichswehr oder Polizei begangen wird, also die Zersetzungstätigkeit, Meineid und alle Taten, die von Roheit, niedriger Gesinnung oder Gewinnsucht zeugen.

Nach der Wiedereröffnung der Sitzung erklärte der deutschnationale Abgeordnete Gok, dass seine Partei diese Amnestie einer schwarz-rot-braunen Parteikonstellation ablehne. Der Kommunist Koska sprach die Zustimmung seiner Fraktion zur Amnestievorlage aus, obwohl diese den kommunistischen Wünschen nicht weit gegen entgegenkomme.

Der Sozialdemokrat Dr. Marum sagte, dass die Sozialdemokratie nur mit Unbehagen an die Amnestie herantrete. Durch häufige Amnestie werde der politische Terror, der politische Mord und die Verleumdung von Männern und Frauen des öffentlichen Lebens begünstigt. Dennoch sei die Amnestie notwendig angesichts der Blut- und Schreckensurteile der letzten Monate. Bei manchen Richtern sei Voreingenommenheit aus ihrer Klassenherkunft vorhanden, man brauche nur auf den Unterschied der Behandlung von Hochverrättern rechts und links hinzuweisen. Die Sozialdemokratie werde gegen den Zentrumsantrag stimmen, der diejenigen aus der Amnestie ausnehme, die Zersetzungsarbeit in der Reichswehr und in der Polizei getrieben hätten. Obwohl die Sozialdemokratie diese Zersetzungsarbeit in den Organisationen der Staatswaffe verurteile, sehe

sie nicht ein, warum diese Täter von der Amnestie ausgeschlossen werden sollten.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Frank versuchte durch wilde Ausfälle gegen die Sozialdemokratie Sturmszenen hervorzurufen. Es gelang ihm aber nicht. Seine Verkündigung, dass die Nationalsozialisten in einigen Wochen die Macht antreten würden, entfachte stürmisches Gelächter. Wiederholt kam es während seiner Rede zu beinahe handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten. Die Nationalsozialisten nannten z.B. die deutschnationalen Zeitungen Judenpresse.

Das Amnestiegesetz wurde mit 395 Stimmen gegen 144 Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen. Es hat die verfassungsändernde Mehrheit erhalten.

Der Staatssekretär Planck von der Reichskanzlei gab für die Regierung die Erklärung ab, dass sie bereit sei, als Winterbeihilfe Massnahmen zu treffen, soweit die finanzielle Lage des Reiches es zulasse. Die Regierung werde sich bemühen, im Ausschuss zu einer Verständigung mit den Parteien des Hauses zu kommen. Reichstagspräsident Esser schlägt nun die Vertagung des Reichstags vor mit der Massgabe, dem Präsidenten die Ermächtigung zu erteilen, den Reichstag im Einvernehmen mit dem Ältestenausschuss einzuberufen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Löbe bezeichnet die Mitteilungen des Staatssekretärs als so unbestimmt, dass der Reichstag sich sein Mitbestimmungsrecht nicht nehmen lassen dürfe. Er beantragt, dass der Haushaltsausschuss und der sozialpolitische Ausschuss noch am Sonnabend die sozialdemokratischen Anträge auf Winterbeihilfe beraten sollten. Die dritte Lesung könne dann in einer Sitzung des Reichstags am Montag vorgenommen werden. Also beantrage die Sozialdemokratie, am kommenden Montag eine Reichstagsitzung stattfinden zu lassen mit der Tagesordnung: 1.) Dritte Lesung der Winterbeihilfe, 2.) Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Die Reichsregierung werde wohl nun in der Lage sein, ihr Programm vorzulegen. Löbe knüpfte daran die Bemerkung, dass die Reichsregierung sich in den letzten Tagen im Reichstag durch einen Mann habe vertreten lassen, der in den Verhandlungen des Staatsgerichtshofs in Leipzig eine Rolle gespielt habe, die nicht geeignet erscheinen lasse, die Reichsregierung vor dem Parlament zu vertreten. Es handele sich um den Ministerialdirektor Gottheiner im Reichsministerium des Innern, der den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun die üble und unwahre Bemerkung angehängt hat, dieser habe sich bei der Amtsenthebung sofort erkundigt, ob auch sein Gehalt weitergezahlt werde. Der kommunistische Abgeordnete Torgler schloss sich dem sozialdemokratischen Antrag auf Stattfinden einer Plenarsitzung am Montag an. Auf die Abstimmung war man sehr gespannt, weil sie zeigen musste, ob die Nationalsozialisten schon vollkommen als Regierungspartei sich fühlen.

In der Tat sind sie vollkommen in der Regierungsfront eingeschwenkt. Sie stimmten mit den Parteien der Mitte gegen eine Reichstagsitzung am Montag. Sie wollen weder einer Erklärung der Reichsregierung noch Beratung der Winterbeihilfe vor Weihnachten. Im Gegenteil, sie sorgen für eine mindestens mehrwöchige Reichstagspause, um so der von ihnen tolerierten und unterstützten Regierung jede Verlegenheit zu ersparen. Die Reichsregierung Schleicher arbeitet also unter stiller Teilhaberschaft der Nationalsozialisten. Vizepräsident Esser schloss gegen 8 $\frac{1}{2}$ Uhr die Sitzung.

Der Paragraph des Frauenmords.

Der Kampf um das Abtreibungsgesetz in Dänemark.

SPD. Kopenhagen, Anfang Dez. (Eig. Ber.)

Seit fünf Jahren dient die sozialdemokratische Regierung in Dänemark dem Fortschritt. Es ist deshalb kein Zufall, wenn jetzt in diesem Lande daran gegangen wird, das Gesetz gegen die Abtreibung (§ 193 des dänischen Strafgesetzbuches) vom Standpunkt der Menschlichkeit aus zu revidieren. Nach dem alten dänischen Strafgesetz wurde eine Frau, die ihre Frucht abtrieb, bis zu acht Jahren Strafarbeit verurteilt; dasselbe Strafmaß galt für die der Beihilfe schuldigen Personen. Nach dem am 1. Januar 1933 in Kraft tretenden neuen Strafgesetz ist die Höchststrafe für Abtreibungen Gefängnis bis zu zwei Jahren; bei mildernden Umständen kann auf Freispruch erkannt werden; wird die Straftat erst zwei Jahre nach ihrer Verübung aufgedeckt, so erfolgt keine Anklageerhebung. Beihilfe wird mit Gefängnis bis zu acht Jahren bestraft. Es ist dabei zu bedenken, dass Strafarbeit eine Art verschärfter Gefängnisstrafe ist.

Seit längerer Zeit wurde um den dänischen "§ 218", eben jenen jetzt so wesentlich geänderten § 193, heftig gestritten. Der Kampf begann damit, dass das Kopenhagener Schöffengericht einige Arbeitslosenfrauen, die gegen das Gesetz verstossen hatten, frei sprach, trotzdem der Beweis der Gesetzesübertretung klar erbracht worden war. Auch die Aerzte wurden freigesprochen. Der Vorsitzende des Schöffengerichts, ein Kopenhagener Sozialdemokrat, sagte in der Begründung: "Das Gesetz ist dazu da, Menschen zu schützen. Dieses Gesetz aber hat mehr Menschen unglücklich gemacht, als geschützt. Deshalb können wir nicht mehr auf Grund des § 193 schuldig sprechen".

Andere Gerichte verkündeten ähnliche liberale Urteile. Die Konservativen liefen Sturm gegen diesen "Kulturbolschewismus". Sogar die Kirche wurde in Bewegung gesetzt. Man forderte Abschaffung der Schöffengerichte, weil sie ein Staatsgesetz verleugnet hätten. Ein konservativer Prediger nannte sogar die Schöffen "Begünstiger des Menschenmordes".

Die Kampagne der Konservativen blieb nicht unbeantwortet. Zunächst bildeten Kopenhagener Juristen, Mediziner, Volkshygeniker und Politiker einen "Kampfverband gegen den § 193". Die dänische Sozialdemokratie nahm regen Anteil im Kampf gegen die kulturelle Reaktion, die gegen die Volksgesetze wütete. In einer Versammlung beantwortete ein bekannter Kopenhagener Arzt die Angriffe der Kirche. Und in einer anderen Versammlung ergriff der Chefarzt der dänischen Polizei, Dr. Friis-Möller das Wort für die Abschaffung des Abtreibungsgesetzes! Dr. Friis-Möller nannte das Gesetz "den Paragraphen des Frauenmordes". Er legte der Oeffentlichkeit eine furchtbare Statistik vor, die klar bewies, wieviel Opfer dieses Gesetz jährlich allein in Dänemark forderte. Er fragte, warum man das ungeborene Kind schütze, während man das geborne hungern lasse. Wenn die dänische Regierung nicht für die Arbeitslosenkinder sorgen würde, so könnten sie vor den Augen der Konservativen verhungern. Es sei dringende Aufgabe des Staates, die menschliche Gesundheit durch eine Regulierung und staatliche Beaufsichtigung der Abtreibungen zu schützen. Es sei Aufgabe des Staates den Bürger vor einem unver-

ständlichen Gesetz zu schützen durch Abschaffung des Gesetzes!

Bei allen diesen Versammlungen waren Vertreter der dänischen Regierung zugegen. An den Diskussionen beteiligten sich häufig sozialdemokratische Minister. Wenn auch durch das neue Strafgesetz dem Willen des Volkes weitgehend Ausdruck gegeben wird, so ist nicht anzunehmen, dass der soziale Kampf um das Abtreibungsproblem so rasch wieder eingestellt werden wird.

+ + +
Explosion im Bergwerk. Bei einer Explosion im Bergwerk Wombwell (Grafschaft York) wurden vier Arbeiter getötet, mehrere andere schwer verletzt.

+ + +
Der Bär ist los! In Gerasdorf (Niederösterreich) wurde eine Passantin von einem Bären angefallen und durch Prankenhiebe schwer verletzt. Das Tier, das kurz zuvor aus einem Wanderzirkus entwichen war, wurde niedergeschossen.

+ + +
Zeugin Schallplatte. Die Propagandasendungen des am Donnerstag in Berlin ausgehobenen kommunistischen Geheimsenders sind sämtlich auf Platten aufgenommen worden. Bei dem kommenden Prozess gegen die angeklagten Schwarzfunken werden die Platten vermutlich als Belastungsindizien eine wesentliche Rolle spielen.

+ + +
Die Kinderlähmung. Nach einer Mitteilung des Berliner Stadtmedizinalrats Professor von Drigalski erkrankten in Berlin in diesem Winter bis zum 8. Dezember 196 Kinder an spinaler Kinderlähmung. 23 Fälle verliefen tödlich. Professor von Drigalski stellte fest, dass sich auf dem Lande wesentlich mehr Fälle von spinaler Kinderlähmung ereignen als in der Stadt.

+ + +
Mozarts Krönungskonzert. Bei einer Berliner Versteigerung von Musikerautogrammen wurde für das eigenhändige vollständige 108 beschriebene Seiten umfassende Manuskript von Mozarts Krönungskonzert 21 050 Mark bezahlt. Bethovenbriefe erreichten Preise bis zu 1800 Mark.

+ + +
Sich selbst gerichtet. Der der Unterschlagung beschuldigte Geschäftsführer Fentsahn der Spar- und Darlehenskasse Eutin beging Selbstmord. Er liess sich von einem Eilzug überfahren.

+ + +
Rückflug Bertrams. In einigen Tagen beabsichtigt der längere Zeit in der Wüste verschollene Australienflieger Hans Bertram nach Europa zurückzufliegen. Der Pilot will den Apparat benutzen, mit dem er seinerzeit fern jeder menschlichen Siedlung an der nordwestaustralischen Küste landete.

+ + +
Opfer der Jagd. Auf einer Sau- und Hasenjagd in der Nähe von Eberswalde (Mark) wurde ein Staatsförster Opfer einer verirrten Kugel. Der unglückliche Schütze war ein Jagdgast aus Berlin.

+ + +
Schlossbrand. Das bekannte mittelfränkische Barock-Schloss Marloffstein, besonders zur Zeit der Kirschblüte ein beliebtes Ausflugsziel, fiel einem Grossfeuer zum Opfer.

+ + +
Kein Jägerlatein! Im Eberswalder Forst bei München erschoss ein Jäger statt eines Hirsches, den er auf dem Korn zu haben glaubte, ein - Kamel. Das Tier war durchziehenden Gauklern davongelaufen.

+ + +

Dampferexplosion. Der lettische Dampfer "Viktoria", der mit einer Karbidladung von Memel nach Rostock unterwegs war, fiel in der Nähe der jütlandischen Küste einer Explosion zum Opfer. Der Explosion ging ein sich rasch ausbreitendes Grossfeuer voraus. Die elfköpfige Mannschaft konnte rechtzeitig ein Rettungsboot besteigen. Die Schiffbrüchigen wurden von einem passierenden norwegischen Dampfer gerettet.

+ + +
Vierfaches Todesurteil! Das Görlitzer Schwurgericht verurteilt nach viertägiger Verhandlung den 35jährigen Schuhmacher Just aus Klein-Partwitz (Kreis Hoyerswerda) wegen Mordes viermal zum Tode und wegen Vergiftung mit Todesfolge zu lebenslänglichem Zuchthaus und Aberkennung der Ehrenrechte. Just hat nach eigenem Geständnis im Jahre 1930 seine zweite Ehefrau zwei Tage nach ihrer Entbindung und im Jahre 1932 Schwiegerwater, Schwager und Schwägerin, sowie deren sechsjähriges Kind mit Arsen vergiftet. Den Giftmord an seiner Ehefrau will Just wegen Ehezwistigkeiten, die zweite Serie seiner Mordtaten aus Hass gegen den Schwager begangen haben. Das Urteil entspricht dem Antrag des Staatsanwalts.

Just, der von Professor Müller-Hess zwar als haltloser Psychopath, jedoch als für seine Taten voll verantwortlich begutachtet wurde, hat nach den Ausführungen der Sachverständigen, seine Opfer durch Schmerzen, die sich bis ins Unerträgliche steigerten, buchstäblich zu Tode gequält. Im übrigen wurde von ärztlicher Seite bezweifelt, dass der Angeklagte über die Beibringung des Giftes die volle Wahrheit gesagt habe. Es gäbe in der Praxis kaum jemals einen Giftmörder, der dem Gericht gegenüber wirklich ehrlich ist.

+ + +
Schulstreik. In Altona wurden zehn Bewohner der Siedlung Altona-Eidelstedt verhaftet, weil sie unter Anwendung von Gewalt ihre Kinder vom Besuch der Schule ferngehalten haben sollen. Die verhafteten Siedler wollen durch ihre Demonstration die Oeffentlichkeit auf die schlechten Wegeverhältnisse ihres Wohngebietes, durch die sie die Gesundheit ihrer Kinder gefährdet sehen, aufmerksam machen.

+ + +
Der verräterische Brotlaib. Durch einen Kassiber wurde im Gefängnis von St. Julien (Frankreich) der Mord an dem Engländer Donald Ross aufgeklärt, der im September v. J. in Paris grosses Aufsehen erregte. Wegen eines Raubüberfalls sitzt im Gefängnis von St. Julien ein Verbrechertrio. Einem der drei Verbrecher wurde in einem Laib Brot ein Zettel hereingeschmuggelt, auf dem er aufgefordert wurde, nicht zu verraten, dass er am 18. September 1931 mit den Komplizen zusammengewesen sei. Man forschte nach dem Geheimnis jenes Datums und stellte fest, dass die Ermordung des Engländers Donald Ross den Gegenstand der Korrespondenz bildete. Die drei Räuber haben darauf gestanden, den Mord gemeinsam begangen zu haben.

+ + +
Der rettende Knacker. Einer Grossbank in Warschau widerfuhr ein merkwürdiges Missgeschick: die Schlüssel der Panzerkasse gingen verloren. Man wusste sich keinen andern Rat als einen berühmten Einbrecher um die Oeffnung des Tresors zu bitten. Der Einbrecher ging eben so fachmännisch wie erfolgreich zu Werke. Als man ihm den klingenden Lohn seiner Arbeit auszahlte, erklärte er, dass er zum ersten Mal in seinem Leben auf ehrliche Weise Geld verdient habe.

Wirtschaft Technik Ganzen

Klassenstaat Russland.

SPD. Moskau, Anfang Dezember 1932.

Schon die Tatsache, dass es in der Sowjetunion, im "kommunistischen Staat", eine Klasseneinteilung gibt, also etwas, was doch dem Kommunismus direkt entgegensteht, entlockt manchem ein ungläubiges Kopfschütteln. Wie ist das nur möglich? Was sagt die dritte Klasse dazu, dass es eine zweite und erste Klasse gibt? Wie stellt sich die zweite zur ersten Klasse? Und wer rechnet zur ersten, wer zur zweiten und wer zur dritten Klasse?

In Russland herrscht kein Kommunismus. Man ist, nach Ueberwindung des nach der Revolution einsetzenden Kriegskommunismus und der darauf folgenden Periode der "Neuen ökonomischen Politik", die sogar den freien Handel zum Teil einfuhrte, auf einer Stufe angelangt, die - nach Lenin - "eben erst aus dem Schosse des Kapitalismus ans Tageslicht getreten, in jeder Beziehung den Stempel der alten Gesellschaft trägt." Die Produktionsmittel gehören der ganzen Gesellschaft; aber in der Wirtschaft und in der Bezahlung herrscht das "Leistungsprinzip". Wer mehr und besser arbeitet, bekommt besser bezahlt.

Schon beim Grenzübertritt fallen die Klassenunterschiede auf. Der internationale Schlafwagen, der nicht nur auf der Strecke Negoreloje (russische Grenzstation) - Moskau - Wladiwostok, sondern auch auf innerrussischen Hauptstrecken verkehrt, hat I. und II. Klasse. Im allgemeinen findet man die "Polsterklasse" und die "Holzklasse", die jedoch nicht II. und III. Klasse benannt werden, sondern, wie amtlich auch in Deutschland die oben erwähnte Bezeichnung führen. Ebenso findet man auf den russischen Dampfern, sei es auf der Wolga oder auf dem Schwarzen Meer, den Klassenunterschied. I. und II. Klasse mit getrennten Kabinen und Speiseräumen, jedoch mit gemeinschaftlichem Deck. III. Klasse ist das Zwischendeck.

So wie hier die Klassen eingeteilt sind, so wickelt sich auch das ganze Leben in der Sowjetunion ab. Es gibt Leute, die sich gut kleiden, gut essen und gut leben, und Leute, denen es alles andere als gut geht. Es gibt Ingenieure und Spezialisten, die viel verdienen, und es gibt Angestellte, die sich mit einem sehr geringen Einkommen begnügen müssen.

In der ersten und zweiten Klasse des "internationalen Schlafwagen" fahren keinesfalls nur Ausländer, auch Einheimische sind dort anzutreffen, Regierungs- und Parteifunktionäre, die dienstlich reisen, höhere Angestellte, kurz alle, die in der Lage sind, sich die bessere Klasse zu leisten, und die Wert darauf legen, bequem zu fahren. Das Gleiche trifft auch für die "Polsterklasse" zu, also die eigentliche II. Klasse. Und ebenso verhält es sich mit der Klasseneinteilung auf den Dampfern. Im Zwischendeck ist meist eine Landbevölkerung anzutreffen, die von der Zivilisation noch recht weit entfernt ist.

Unterschiede in den Restaurants, Unterschiede im Theater - gute (teure) Plätze und schlechte (billige) Plätze -, Unterschiede in der Kleidung, Unterschiede in der Versorgung. "Ganz oben" sind die Regierungs- und Parteiangehörigen; es folgen dann die gut bezahlten Werktätigen, dann die weniger

gut bezahlten und so fort, abgestuft bis zur untersten Gruppe, die früher einmal weit oben war, nämlich jenen ehemaligen "Bürgerlichen", die nicht ausgewandert, sondern in der Sowjetunion geblieben sind, und sich nicht in das neue System einordnen wollten oder durften. Diese im Aussterben begriffene unterste Schicht, die "Deklassierten" lebt im grössten Elend.

SPD. Im Deutschland, wo nach der amtlich-nationalsozialistischen Marxistenlegende Sozialdemokratie und Gewerkschaften die Wirtschaft unterminieren und ausgehöhlt haben, während Generaldirektoren mit Gut und Blut für das Wohlergehen der deutschen Wirtschaft eintreten, hat sich leider die Unsitte herausgebildet, dass diese berühmten Generaldirektoren, wenn sie die ihnen anvertrauten Unternehmungen zugrunde gerichtet haben, ungeschoren davon kommen. Die Fälle, wo derartige Generaldirektoren mit ihrem Vermögen wirklich zum Schadenersatz herangezogen werden, sind so selten, dass sie gar nicht ins Gewicht fallen. Deshalb registrieren wir den Fall des Generaldirektors Uebelen von der Mechanischen Weberei in Linden. Uebelen hat dieses blühende und gesunde Unternehmen durch grössenwahnsinnige Erweiterungen, bei denen Phantasiepreise gezahlt wurden, vor die Hunde gebracht. Im Sommer musste die Mechanische Weberei Linden ihre Zahlungen einstellen, nachdem rund 20 Millionen Mark verplempert waren.

Der Gläubigerausschuss hat nun gegen den für die Misswirtschaft verantwortlichen Generaldirektor Uebelen Ansprüche auf Schadenersatz bescheidenerweise in Höhe von 750 000 Mark gestellt. Herr Uebelen dachte aber nicht im geringsten daran, diese Ansprüche zu erfüllen. Darauf erwirkten die geschädigten Gläubiger einen Arrestbefehl und Pfändungsbeschluss gegen das Vermögen Uebelens. Diese Massnahme hat erfreulicherweise ihre Wirkung nicht verfehlt. Generaldirektor Uebelen bequeme sich sehr schnell zu einem Vergleich und erklärte sich bereit, 500 000 Mark Schadenersatz an die Gläubiger zu zahlen.

Leider bleibt dieser Uebelen ein weisser Rabe, was nicht zuletzt Schuld unserer Wirtschaftsjustiz ist, der man sicherlich den Vorwurf zu machen hat, nicht genügend durchzugreifen.

SPD. Die Währungsreserve der Reichsbank hat in der ersten Dezemberwoche einen Verlust von nicht weniger als 19 Millionen Mark erlitten, womit sie sich auf 918 Millionen Mark verringert. Der Verlust hängt mit der Teilrückzahlung von Auslandskrediten und der Zahlung von Zinsen nach dem Ausland zusammen. Die Deckung der Noten erfuhr eine Steigerung auf 26,7 % gegen 26,5 % in der Vorwoche. Die Besserung geht darauf zurück, dass sich die Ausleihungen der Reichsbank um rund 153 Millionen Mark ermässigten. Damit ist gegenüber dem Ultimo November eine Entlastung von fast 50 % eingetreten. Auch hat sich trotz des Weihnachtsgeschäfts der Umlauf an Zahlungsmitteln um etwa 75 Millionen Mark auf nicht ganz 5 490 Millionen Mark verringert.

SPD. Die endgültige Baumwollernte in den Vereinigten Staaten von Nordamerika wird auf 12,727 Millionen Ballen geschätzt gegenüber 11,306 Millionen Ballen im Anfang. Die Verschiebung in der Schätzung beweist, dass auch diesmal die amtliche amerikanische Statistik herangezogen worden ist, um gutes Wetter für die Präsidentenwahl zu machen.

Für die Textilindustrie, die in aller Welt seit Monaten eine Sonderkonjunktur hat, dürfte die ernste Frage wohl lauten, wie der Schlussbericht über die amerikanische Baumwollernte auf die Beschäftigungsmöglichkeiten und auf den Auftragseingang zurückwirken wird? Der Baumwollpreis, immer für ein englisches Pfund = 453 Gramm genommen, hatte im Juni 1932 mit 5 Cents einen Tiefstand erreicht, der weit unter den Gestehungskosten lag. Wir nehmen bei dieser Schätzung die Gestehungskosten in Nordamerika auf normalen Böden mit etwa 6,5 bis 7 Cents pro englisches Pfund an. Als die erste niedrige Schätzung in Höhe von 11,306 Millionen Ballen gegenüber einer Rekord-ernte von über 17,1 Millionen Ballen im Vorjahre, die grösste Ernte während der letzten Jahre überhaupt, herauskam, steigerte sich der Preis auf fast 9,5 Cents, also um etwa 85 %. Die Steigerung des Baumwollpreises hat die Industrie und den Handel angeregt. Die gegenwärtige Hochkonjunktur in der Textilindustrie dürfte ausschliesslich darauf zurückzuführen sein. In der Zwischenzeit ist der Baumwollpreis aber wieder gefallen. Er schwankt gegenwärtig, immer Notierung in New York, unter 6 Cents, liegt also wieder unter den mutmasslichen Gestehungskosten. Die Unsicherheit, die von solchen Preisschwankungen ausgeht, hat man bereits im November in der Textilindustrie gemerkt. Die oben erwähnte Frage, wie die erhöhte endgültige Schätzung in USA auf die Industrie zurückwirkt, ist also sehr berechtigt.

Nun kann man annehmen, dass im laufenden Jahr in der ganzen Welt etwas über 21 Millionen Ballen Baumwolle geerntet worden sind. Für die Gesamtversorgung der Welt dürften im Jahre 1932/33 aber immerhin 40 Millionen Ballen zur Verfügung stehen. Die Tatsache, dass der Baumwollpreis wieder unter die Gestehungskosten gesunken ist, wird natürlich die Anbauflächen in den Baumwollländern weiter verringern. Aber das kann den Markt fürs erste nicht entlasten. Auch hängt eine wirkliche Entlastung vom Ausfall der nächsten Ernte ab. So wird der Verbrauch ausschlaggebend.

In den normalen Jahren der besseren Konjunktur, die nun schon lange hinter uns liegen, dürfte der Baumwollverbrauch in der gesamten Welt etwa 28 bis 30 Millionen Ballen ausgemacht haben. Für das laufende Jahr ist im besten Falle mit einem Verbrauch von 22 Millionen Ballen zu rechnen. Wie auch auf anderen Märkten ergeben sich starke Differenzen zwischen der Gesamtversorgung und dem Gesamtverbrauch. Eine Entlastung aus natürlichen Ursachen heraus, Anbaueinschränkung, schlechte Ernten usw., ist höchst unsicher und dürfte keine baldige Hilfe bringen. Es bleibt nur die Möglichkeit offen, durch höhere Löhne den Verbrauch zu fördern. So könnte nur ein Ausgleich auf dem Baumwollmarkt geschaffen werden. Wenn eine solche Verbrauchs- und Lohnpolitik betrieben wird, dann wird auch die erhöhte Baumwollernte in Amerika nicht auf die Baumwollpreise drücken und die seit Monaten bessere Beschäftigung wieder rückgängig machen.

SPD. Die zum Klöcknerkonzern und zu den Vereinigten Stahlwerken gehörigen Geisweider Eisenwerke in Geisweid im Siegerland (Südwestfalen) schliessen das letzte Geschäftsjahr mit einem Verlust von 950 000 Mark ab.

SPD. Dem deutschen Kunstseidenkartell, dem bisher neben Deutschland Italien, Holland und die Schweiz angehörten, sind in den letzten Tagen Frankreich und Belgien beigetreten. Das vor etwa einem Jahr gegründete Kartell hat die Aufgabe, die Einfuhr von Kunstseide nach Deutschland zu regeln und die Preise in die Höhe zu treiben. Es kann die Einfuhrregelung jetzt, wo die beiden wichtigen Aussenseiter Frankreich und Belgien in das Kartell eingetreten sind, glatt durchführen. Die Kunstseidenverbraucher in Deutschland haben also alle Ursache, sich auf eine Preissteigerung für Kunstseide gefasst zu machen. Nun haben sich die Kunstseidenproduktion und der Kunstseidenverbrauch gerade im letzten halben Jahr stärker erhöht. Eine Preiserhöhung müsste die Besserung zerschlagen. Aber darauf nimmt ja die Industrie keine Rücksicht.

SPD. Zu der in letzter Zeit wieder viel erörterten Zugabefrage wird uns von konsumgenossenschaftlicher Seite folgendes geschrieben:

"Der Reichsausschuss für das Zugabeverbot hat im November ein Rundschreiben an die deutschen Industrie- und Handelskammern sowie an die Handwerks- und Gewerbekammern herausgegeben, in dem darauf hingewiesen wird, dass das durch die Notverordnung vom 9. März 1932 teilweise ausgesprochene Zugabeverbot mehr schädliche als nützliche Wirkungen gehabt hat. Die Ausnahme, dass Zugaben dann gewährt werden können, wenn ein Geldbetrag angegeben wird, den der Kunde wahlweise verlangen darf, bewirkte eine ungeahnte Vermehrung des Zugabeunfugs. Nicht nur die Lebensmittelgeschäfte geben Hausstandsartikel als Zugaben, sondern auch die Spezialgeschäfte geben als Abwehr gegen die Praxis des Lebensmitteleinzelhandels Margarine, Kaffee usw. zu Einstandspreisen ab. Auch diese Massnahmen führten zur Gegenwehr und so gibt es z.B. ausser Abwehrkaffee auch Abwehrkampfkaffee. Die Unordnung, die infolge dieser Geschäftsmethoden im Einzelhandel angerichtet wird, ist volkswirtschaftlich nicht vertretbar. Ueberall muss der Verbraucher Dinge mit bezahlen, deren er nicht bedarf, oder die er jedenfalls im Augenblick nicht zu erhalten wünscht. Sofern es dem Handel nicht gelingt, die Zugabe in die Warenpreise einzukalkulieren, bereitet er sich mit der Zugabegewährung selbst das Grab; aber auch daran kann niemand Interesse haben, denn das bedeutet eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit.

Wenn befürchtet wird, dass durch ein völliges Zugabeverbot diejenigen Industrien, die für die Herstellung von Zugabeartikeln hauptsächlich in Betracht kommen, zum Erliegen gebracht würden, kann man dieser Ansicht nicht zustimmen. Hausstandssachen, wie Kaffeegeschirr, Porzellanwaren aller Art, die in den meisten Fällen als Zugaben dienen, wird der Verbraucher dann, wenn er sie nicht mehr als Zugabe erhält, im Spezialgeschäft kaufen. Sollte er wirklich seinen Bedarf in diesen Artikeln gegenüber früher einschränken, so wird er seine Kaufkraft anderen Waren zuwenden. Dass also irgendwelche Arbeitsgelegenheit durch ein Zugabeverbot verloren geht, ist nicht der Fall; eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit braucht daher nicht befürchtet zu werden. Aber auch diejenigen Arbeitskräfte, die in der "Zugabenindustrie" beschäftigt sind, werden von einem Zugabeverbot nicht so stark betroffen werden, wie vielfach angenommen wird. Wenn nämlich der Umsatz der Fachgeschäfte, insbesondere in Hausstandsartikeln, steigt, so wird eine Beschäftigungslosigkeit der in Betracht kommenden Industrien kaum zu erwarten sein. Man mag zugeben, dass diese Industrien einen gewissen Schaden erleiden, aber die Misstände bei der Gewährung von Zugaben sind so gross, dass die Beseitigung des Zugabewesens gefordert werden muss."

Auf Reichskosten.

(Berliner Getreidebörse vom 9. Dezember)

SPD. Der Appell der Regierung an die Landwirtschaft, die Stützungsaktion an den Getreidemärkten nicht wie bisher durch gesteigertes Angebot auszuheben, hat so gut wie keinen Erfolg gehabt. Vor der Börse zeigte sich immerhin so viel Angebot, dass die Preise sich auf der Basis von Donnerstag bewegten. Während der Börse selbst griffen die Stützungsstellen in grösstem Umfang ein und erzielten Preisbesserungen um rund 2 Mark. Am Lieferungsmarkt erhöhten sich die Notierungen bei Weizen um 1,5 bis 2 Mark, bei Roggen um 1 bis 1½ Mark. Die Künstlichkeit der Preisbildung beweist wohl am besten der leblose Mehlmarkt, der auch am Freitag keinerlei Spur vom Weihnachtsgeschäft zeigte.

	8. Dez.	9. Dez.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	187 - 189	189 - 191
Roggen	151 - 153	152 - 154
Braugerste	169 - 179	169 - 179
Futter- und Industriergerste	160 - 167	160 - 167
Hafer	118 - 123	119 - 124
Weizenmehl	24,00 - 26,60	24,00 - 26,60
Roggenmehl	19,50 - 21,80	19,50 - 21,80
Weizenkleie	9,40 - 9,70	9,30 - 9,60
Roggenkleie	8,80 - 9,15	8,70 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember $204\frac{1}{2}$ - 205 Geld (Vortag $202\frac{1}{2}$), März $207\frac{3}{4}$ - $208\frac{1}{2}$ (206), Mai $211\frac{1}{2}$ - $211\frac{3}{4}$ (210). Roggen Dezember $165\frac{1}{2}$ - $165\frac{3}{4}$ ($164\frac{1}{2}$), März $169\frac{1}{4}$ - $169\frac{1}{2}$ (168), Mai $172\frac{1}{2}$ - $172\frac{1}{2}$ (171). Hafer Dezember $130\frac{1}{2}$ ($130\frac{1}{2}$), März $131\frac{1}{2}$ (131), Mai - (134).

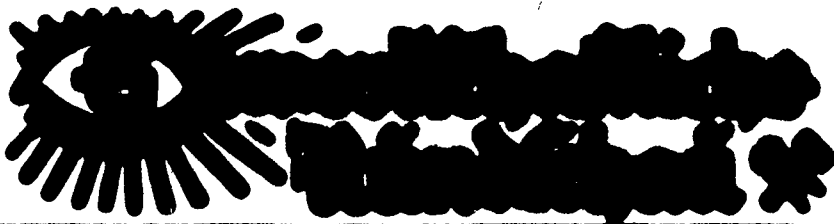
Berliner Viehmarkt.

(9. Dezember)

SPD. Auch der Freitagmarkt wurde durchaus von dem Auftrieb bestimmt. Rinder und Kälber waren stärker angeboten als Hammel und Schweine. Dementsprechend entwickelte sich auch die Preisbildung. Die Preise für Kühe zogen teilweise an. Am Kälbermarkt gab es nur mittelmässiges Geschäft, während sich das Geschäft am Hammelmarkt besser anliess. In Schweinen war das Geschäft glatt.

Notierungen. Schweine: a) über 300 Pfund - (-), b) 240 - 300 Pfd. 40 (38-40), c) 200-240 Pfd. 38 - 39 (37-38), d) 160 - 200 Pfd. 35 - 37 (34-36), e) 120 - 160 Pfd. 33 - 34 (32-33). Sauen 34 - 37 (34-35). Kühe: a) 23 - 25 (22-24), c) 18 - 20 (18-20), c) 15 - 17 (14-17), d) 9 - 14 (8-13). Kälber: b) 38 - 46 (38-46), c) 25 - 36 (25-38), d) 15 - 23 (15-23). Schafe: a) 31 (30-31), b) 28 - 30 (28-29), c) 26 - 27 (25-27), d) 17 - 25 (16-24).

SPD. Berliner Butterpreise. Die Berliner Notierungskommission bezeichnete die Tendenz wieder als ruhig und setzte die Preise, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten, für den Zentner unverändert wie folgt fest: I. Qualität 113 RM, II. 106 RM und abfallende Ware 97 RM.



Nützt die Stunde!

Schafft Arbeit und nicht Behörden! Macht die Gemeinden mobil!

SPD. Endlich, endlich ist man in Deutschland soweit, einzusehen, dass es ohne die von den Gewerkschaften seit Jahr und Tag geforderte Arbeitsbeschaffung nicht geht. Ihr Vorschlag, die für Neueinstellungsprämien zur Verfügung gestellten Steuergutscheine zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten zu verwenden, hat in der Öffentlichkeit vielfach Zustimmung gefunden. Die Reichsregierung betrachtet, soweit man sieht, die Arbeitsbeschaffung als ihre vordringlichste Aufgabe. Man darf also nun wohl annehmen, dass nun endlich einmal zur Tat geschritten wird. Das ewige blosse Gerede über Arbeitsbeschaffung hängt der Bevölkerung bald zum Hals heraus. Die Arbeitslosen wollen einen Anfang sehen.

Wir haben einen Arbeitsbeschaffungskommissar. Dr. Gereke ist ein tatendurstiger Mann, und auch ein Mann, der hohe Gönner hat. Wir fürchten, dass auch er zunächst einmal den Laden einer neuen Behörde aufzuziehen versucht. Jedenfalls besteht eine solche Gefahr. Neue Behörden für die Arbeitsbeschaffung sind aber wirklich nicht nötig. Für den Arbeitsbeschaffungskommissar gibt es genügend Betätigungsmöglichkeiten. Dr. Gereke sollte sich - das wird auch in der "Gewerkschaftszeitung", dem Organ des ADGB hervorgehoben - einmal um die Siedlungsfrage etwas kümmern. Man hat sie seinerzeit dem Reichsarbeitsministerium genommen und dem Reichsernährungsministerium überantwortet. Die Folge war, dass die Siedlung versackte. Der begangene Fehler gehört repariert. Auch für die Siedlung muss der Reichsarbeitsminister wieder zuständig werden; denn man kann sie nicht losgelöst von den übrigen arbeitsmarktpolitischen Aufgaben betreiben. In der Siedlung sind keine Wunder zu wirken, aber immerhin kann Dr. Gereke in ihr zeigen, was er kann. Auch empfiehlt ihm die "Gewerkschaftszeitung", sich einmal davon zu überzeugen, ob der Hausbesitz wirklich die 200 Millionen Mark aufgebracht hat, die er für Reparaturarbeiten zu den bereitgestellten 50 Millionen Mark des Reiches zuschiesesen sollte. Man weiss nur, dass der Reichszuspruch verbraucht ist, sonst aber fehlt Klarheit. Das Arbeitsbeschaffungsexperiment mit den Reparaturarbeiten hatte vielleicht noch den meisten Erfolg. Wenn der Hausbesitz seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, dann wäre es zweckmässig, dieses Experiment auszubauen. Das schwer notleidende Baugewerbe würde das sicherlich begrüßen. Jedenfalls gibt es für den Arbeitsbeschaffungskommissar schon für den Augenblick Arbeit genug.

Wir brauchen keinen neuen Behördenkram und nicht gleich drei Arbeitsbeschaffungs- oder gar Arbeitsmarktpolitiker in der Reichsregierung. Einer genügt. Und daher müssen sowohl die Arbeitsbeschaffung wie der Freiwillige Arbeitsdienst und alle Aufgaben zur Entlastung des Arbeitsmarktes sozusagen unter den Oberbefehl des Arbeitsministers kommen; denn von oben her brauchen wir in erster Linie die Sicherung einer klaren und einheitlichen Linie für die Arbeitsbeschaffung. Die Durchführung der Arbeitsbeschaffung aber kann nicht von oben her kommandiert - sie muss von unten her angepackt und bewältigt werden. Die Gemeinden müssen mobil gemacht werden. Und zwar so rasch wie möglich. Im Winter kann man keine öffentlichen Arbeiten durchfüh-

ren. Aber im Frühjahr muss schleunigst damit angefangen werden. Der Winter muss zur Fertigstellung konkreter Arbeitsbeschaffungspläne benutzt werden, damit im März keine Zeit mehr versäumt zu werden braucht.

Jede Gemeinde mit über 2 000 Einwohnern muss ihren Arbeitsbeschaffungsplan aufstellen. Sie muss die Frage beantworten, welche öffentlichen Arbeiten, die sonst nicht gemacht würden, bei ihr zur Durchführung kommen können - Arbeiten, die etwa 20 Prozent der Arbeitslosen der betreffenden Gemeinde in Arbeit bringen. Die Gemeinden sollen sich nicht in eine uferlose Projektmacherei verlieren, sondern einen Arbeitsbeschaffungsvorschlag fertigstellen, der vollkommen auskalkuliert und von den Fachleuten überprüft und gebilligt ist, einen Plan, mit dem im Frühjahr sofort etwas angefangen werden kann. Selbstverständlich müssen die Vorschläge von volkswirtschaftlichem Wert sein. Solche durchaus volkswirtschaftlich wertvolle Arbeitsaufgaben, z.B. Strassenbauten oder auch Bauten zur Verbesserung der Hygiene gibt es. Das Wesentliche ist, dass ein hieb- und stichfester volkswirtschaftlich einwandfreier Arbeitsbeschaffungsplan bis zum 1. Februar voll kommen fertig vorliegt. In den Gemeinden könnten zu diesem Zweck besondere Arbeitsausschüsse gebildet werden, in die natürlich nur Leute, die von den Dingen etwas verstehen, delegiert werden dürfen - vielleicht von jeder Parteigruppe ein, aber ein sachkundiger Vertreter. Die Aufstellung des Arbeitsbeschaffungsplans soll sich aber im vollen Licht der Öffentlichkeit vollziehen. Die Gemeinde soll in ihrer Presse die einzelnen Vorschläge und Gedanken erörtern können; denn in jeder Gemeinde hat sicherlich jeder vernünftig denkende Mensch ein Interesse daran, dass der fertiggestellte Plan absolut einwandfrei, wertvoll und praktisch ist. Die Vorschläge der Gemeinden sollen eine Art Wettbewerb darstellen, vom 1. bis zum 15. Februar können dann die Arbeitsämter die vorgelegten Pläne rasch sichten; denn bis zum 1. März muss die Mobilmachung für die öffentliche Arbeit fertig sein. Selbstverständlich muss man über die Landesarbeitsämter von oben her den Gemeinden durch bestimmte Richtlinien und Anweisungen ihre Aufgabe erleichtern.

Anfangen, anfangen! Das muss jetzt die Parole für die Arbeitsbeschaffung sein. Die Gemeinden müssen in der Arbeitsbeschaffung an die Front. Sie kämpfen an dieser Front in ihrem ureigensten Interesse, wenn sie sich anstrengen, durch einen soliden Arbeitsbeschaffungsvorschlag 20% ihrer jetzigen Arbeitslosenziffer vom Hals zu bekommen. Die Stunde muss jetzt genutzt werden. Schluss mit dem ewigen Rasonieren über die Erwerbslosenlast - Aufbruch zur Durchbruchsschlacht, die im Frühjahr im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit geschlagen werden muss, das ist die grosse Winteraufgabe Deutschlands.

Fertigmachen! Nicht mehr schwätzen! Handeln!

SPD. In der Siegerländischen Eisenindustrie bleiben die Parteiverhandlungen ohne Ergebnis. Die Arbeitgeber beharren auf Lohnsenkung. Der Schlichter muss nun eingreifen.

Auch in der Hochseefischerei ist keine Einigung der Parteien erzielt worden. Die Schlichtungsverhandlungen sind für den 13. Dezember nach Bremen anberaumt.

SPD. Das Holzgewerbe in Halle ist von einem scharfen Lohnkonflikt heimgesucht. Der Arbeitgeberverband hatte seine Mitglieder angewiesen, die ohne hin schon von 114 auf 86 Pfennige gekürzten Stundenlöhne für die Bau- und

Möbeltischler um weitere 6 Pfennig zu senken. Die Holzarbeiter, die das Lohndiktat ablehnten, wurden ausgesperrt. Ein erheblicher Teil der Arbeit=geber zahlt jedoch die Löhne in der bisherigen Höhe weiter. Einigungsver=handlungen, die der Vorsitzende des staatlichen Schlichtungsausschusses Halle unternommen hatte, scheiterten an dem sturen Verhalten der Haupt=scharfmacher, sodass der Kampf im Halleschen Holzgewerbe in verschärfter Form weitergeht. Der einzige Streikbrecher, der sich bis jetzt gefunden hat, ist Mitglied von "Rot Sport".

+
Sämtliche Kraftdroschkenfahrer von Halle traten am Freitag nach Er=schöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten über den Abschluss eines neuen Lohn tariffs in den Streik. Bis zum 30. September erhielten die Droschkenfahrer für eine 12stündige Tagesschicht 3, bzw. 3,20 Mark und 10% der Einnahmen. Diese an sich schon unzulänglichen Lohnsätze wurden durch Schiedsspruch auf 2,50 Mark herabgesetzt, was mit dem Streik beantwortet wurde.

SPD. In der Forderung auf Abbau der sozialpolitischen Unmöglichkeiten des Papenkurses sind sich die Gewerkschaften aller Richtungen im wesent=lichen einig. Zu diesen Unmöglichkeiten gehört vor allem auch die systemati=sche Zerstörung der Arbeitslosenversicherung. Es gilt jetzt, den Versiche=rungsgedanken wieder herzustellen; aber die Arbeitslosenversicherung muss auch in ihrer Konstruktion über die Krise hinweggerettet werden. Wer die Arbeitslosenversicherung unbedingt umbauen will, der sollte sich wenigstens sagen, dass man Flutdämme nicht umbaut in der Zeit einer Sturmflut. In einer solchen Zeit ist die Stützung und Festigung der Dämme das Gebot der Stunde.

Beim GDA scheinen manche Leute das Gebot der Stunde noch nicht erkannt zu haben. Da ging z.B. dieser Tage eine merkwürdige Meldung durch die Presse. Darin hiess es, in Kreisen des GDA werde darauf hingewiesen, dass diese Organisation der neuen Reichsregierung u.a. Forderungen auch einen Plan vorlegen werde, der die Einführung von Ersatzkassen in der Erwerbslosenver=sicherung befürworte.

Die freien Gewerkschaften halten heute mehr denn je fest an dem Grund=gedanken der Solidarität der Arbeitnehmer, auf dem die Arbeitslosenversiche=runge aufgebaut ist.

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, in dem die Reichsregierung ersucht wird, auf die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft dahin einzuwirken, dass sie eine Reihe von Mass=nahmen zum Schutze der Arbeiter durchführt. Die Sozialdemokratie verlangt, dass die in letzter Zeit entlassenen, meist langjährig beschäftigten Arbei=ter wiedereingestellt werden und weitere Entlassungen unterbleiben. Die überlange Arbeitszeit soll verkürzt und die Arbeitslosigkeit durch Inangriff=nahme der rückständigen Reparatur- und Bahnunterhaltungsarbeiten sowie durch Erteilung zusätzlicher Aufträge gemildert werden. Auch fordert die Fraktion die Sicherstellung der von den Arbeitern erworbenen Rechte bei den Pensionseinrichtungen der Reichsbahn-Gesellschaft.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S P D

Berlin, den 9. Dezember 1932.

Ein verlorener Brief.^x

SPD. Wir lagen in Haplincourt in Ruhe. Was heisst Ruhe? Wir hatten Quartiere in einem Dorfe, von dem nicht ein einziges Haus mehr ganz war, in welche in jener Februarwoche der Dreck fushoch in den Strassen stand, und das hart an der Grenze des Feuerbereiches lag. In unsre Ruhe hinein hämmerte unaufhörlich die Artillerie, deren Stellungen inder Nähe lagen. In unsrer Ruhe plagter uns ständig der Dreck und die Läuse, gegen die man sich nicht wehren konnte. Aus unsrer Ruhe schreckte uns aber auch das Bersten und Krachen der von den Pionieren gesprengten Häuser. Das hatte folgende Ursache: Die Front sollte aus strategischen Gründen um zehn bis fünfzehn Kilometer zurück verlegt werden und man hatte zu diesem Zwecke weiter hinten eine neue Stellung, die sogenannt Siegfriedstellung, gebaut. Zwischen der alten und der neuen Stellung aber sollte alles dem Erdboden gleich gemacht und dann, unbemerkt vom Feinde, der Rückzug in die neue Stellung angetreten werden. Man wollte also eine Wüste hinterlassen, in der der nachrückende Feind nichts, aber auch gar nichts finden sollte, was er noch irgendwie zum Leben hätte brauchen können. Alle Bäume wurden gefällt, die Brunnen mit Mist verstopft, die Häuser gesprengt. Fürwahr ein prächtiger Plan der Obersten Heeresleitung! Auch das Dorf Haplincourt sollte gesprengt werden, und man hatte schon begonnen, jene Häuser, in denen keine Truppen untergebracht waren, in die Luft fliegen zu lassen. Bei jeder Detonation erbehte der Boden derart, dass wir glaubten, uns auf einem Vulkan zu befinden. Aber, wie gesagt, wir lagen in Ruhe. Ruhe war es für uns schon, dass wir nicht vorn in den Unterständen sassen oder lagen, in denen man wie eine Maus gefangen war, wenn es einer Mine einfallen sollte, den Eingang zu verschütten. Ruhe war es schon, dass man nicht mehr Nacht für Nacht an dem unheimlichen Sprengtrichter, der wie ein riesiger Schlund aus der Tiefe gähnte, Posten stehen musste, wo jedes Ding in der pechschwarzen Nacht Gestalt annahm und zu einem heranschleichenden Tommy wurde. Ruhe bedeutete für uns, dass der Faden, an dem unser Leben hing, vorübergehend etwas solider geworden war.

Meine Korporalschaft war im Pfarrhause gegenüber der alten ehrwürdigen Kirche untergebracht. Ich hatte das Glück, eine Matratze zu finden, die zwar faul und muffig roch, aber immerhin eine Matratze war, und da der Raum, in welchem sie lag, einen Kamin hatte, suchte ich Holz, um ein Feuer anzuzünden. Bald waren einige Bretter und Möbelteile zu Kleinholz verarbeitet, und ich brauchte nur noch Papier zum Feuermachen. Auch das fand ich, denn im Garten lag die ganze Korrespondenz des Pfarrers herum, teils unversehrt, teils in den Schmutz getreten. Ich raffte einige Papiere zusammen, als mir ein Brief auffiel, dessen Schrift eine zarte Hand verriet. Liebevoll, als berührte ich ein Mädchen, faltete ich ihn zusammen und steckte ihn in die Tasche. Mit den übrigen Papieren zündete ich im Kamin ein Feuer an, und während der scharfe Rauch meine Augen reizte, versuchte ich, den vom Feuertode verschonten Brief zu entziffern. Er war noch unvollendet, musste also hier, wo ich ihn gefunden hatte, geschrieben worden sein. Und während ich langsam und nicht ohne Mühe Zeile für Zeile las und mir übersetzte, verändertesich alles um mich her. Die Wände des Zimmers überzogen sich wieder mit freundlichen Tapeten, auf denen alte Stiche hingen. Einfache, aber stilvolle Möbel machten den Raum behaglich. Die geknickten Obstbäume im Garten richteten sich wieder auf und begannen zu blühen, während ich folgendes las :

Mein teurer Freund!

Ich beginne diesen Brief ohne eine Nachricht von Dir, ohne Kenntnis Deiner Feldadresse. Aber es drängt in mir so vieles nach Ausdruck, dass ich es jetzt schon zu Papier bringen muss. Du wirst inzwischen vor dem Feinde gestanden und die Feuertaufe empfangen haben. Doch davon wollte ich ja nicht schreiben. Es ist hier alles so friedlich, dass es mir weh tut, an den Krieg denken zu müssen. Wenn auch Gerüchte von einem Vormarsch der Deutschen hier umlaufen, so sind es bis jetzt doch eben nur Gerüchte. Onkel weiss von unsern Beziehungen! Er hat es mir auf den Kopf zugesagt, als ich am Morgen nach Deinem Abschied mit rotumränderten Augen den Frühstückstisch deckte. Er war erst böse wegen unserer Heimlichkeit, musste aber dann selbst lachen, weil er es nicht früher gemerkt hatte. Später entwickelte er sogar Pläne für unsere Zukunft. So will er unter anderem seine guten Beziehungen dafür ausnützen, dass wir zu günstigen Bedingungen einen Bauernhof in der Nähe erwerben können. Ich mache mich aber solchen trügerischen Hoffnungen nicht hingeben, denn der Krieg ist ja noch nicht zu Ende. Er hat doch eben erst begonnen.

Daran zu denken, dass Dir etwas zustoßen könnte, ist mir allerdings unmöglich. Mein Glaube an Deine Rückkehr ist so unerschütterlich, dass er das Schicksal zwingen wird, sich ihm zu unterwerfen.

Seitdem Du fort bist, haben alle Dinge um mich her Zungen bekommen. Sie reden nur von Dir und Deiner Liebe. Jeder Baum, jede Blume im Garten, die Möbel in den Zimmern, die Bilder an den Wänden geben sich Mühe, mich über Deine Abwesenheit hinwegzuträsten, indem sie die Erinnerung an Dich wachhalten - - -

Hier brach der Brief ab.

Wir wurden noch in der Nacht alarmiert, da man einen englischen Angriff in unserm Frontabschnitt erwartete. Als wir nach acht Tagen zurückkamen, war Kirche und Pfarrhaus verschwunden. Das Zerstörungswerk war vollendet.

Richard Spitznagel.

Schmuggelgeschichten vom Balkan.^x

Von unserm Balkankorrespondenten.

SPD. Der Balkan mit seinen zahlreichen Ländern und Grenzen ist geradezu ein paradiesisches Gefilde für Schmuggler ~~prossen~~ und kleinen Stils. Der Schmuggel blüht hier wie nirgends in der Welt, zumal da ihn die verschiedenen Staaten durch ihre unsinnige Schutzzollpolitik und ihren übertriebenen Industrieprotektionismus direkt fördern. Die vielen Schmuggelaffären bilden schon eine tagtäglich erscheinende Sonderrubrik der meisten Blätter, die übrigens von den Lesern besonders andächtig studiert wird. Denn diese Meldungen sind vielfach eine recht lehrreiche Lektion für Fortgeschrittene wie Anfänger. ... Oft aber finden sich da auch reizvolle Geschichtchen, die lesenswerter als irgendein mazedonischer Fememord oder Zwischenfall an der bessarabisch-russischen Grenze sind.

Der Schmuggel auf dem Balkan spielt sich durchweg noch in patriarchalischen Formen ab. Hier rasen keine Panzerautos mit bewaffneten Schmugglern - wie z.B. an der deutsch-holländischen Grenze - durch die Grenzzonen; hier spielen sich noch keine stundenlangen Feuerkämpfe zwischen verwegenen Schmugglerbanden und Grenzwächtern ab. Solche rabiaten Methoden wären auf dem Balkan ein Ding der Unmöglichkeit, wo die Grenzen mit Stacheldrahtverhauen, Schutzgräben und verschlossenen Barrieren gesichert sind und nicht nur von Zollwächtern, sondern auch kriegsmässig ausgerüsteten Militärabteilungen bewacht werden. Die meisten Grenzübergänge des Balkan sind wie Kriegsstellungen be-

festigt. Da fehlen selbst Wolfsgruben, elektrische Hochspannungen und andre schöne Kriegserinnerungen nicht. Wehe jedem Schmuggler, der da mit Gewalt oder heimlich durchdringen wollte! Er würde ohne Gnade und ohne Anruf wie ein Komitadschi behandelt werden, denn diesen Grenzwächtern sitzt die Kugel nur allzu locker im Rohr. Bei der ewigen Langeweile der Posten wird gern ein kleines Schützenfest auf Menschenfleisch veranstaltet, wobei leicht eine Beförderung oder ein Ordensblech herauspringen kann.... Einen gewaltsamen Durchbruch der Grenzen mit Panzerwagen würde auch schon der unglaubliche Zustand der Grenzstrassen veranlassen, die meistens mit voller Absicht vernachlässigt werden. Selbst ein stabiler Kraftwagen könnte sich hier höchstens ein 5 km-"Tempo" erlauben.

Eine reizende Schmugglergeschichte spielte sich kürzlich an der rumänischen Grenzstation Jimbolia ab. Den dortigen Zollbehörden war von "Vertrauensleuten" hinterbracht worden, dass sich im Orient-Express Schmuggler befänden, die eine beträchtliche Anzahl Seidenballen nach Rumänien einschmuggeln wollten. Als der Zug einlief, stürzte sich eine Legion Zollwächter auf die einzelnen Abteile und durchsuchte sie mit peinlichster Gründlichkeit. Vergebens! Man fand nichts und fluchte schon auf die unzuverlässigen "Vertrauensleute", als als ein ganz heller Zöllner auf den Einfall kam, doch auch das Abteil des Finanzministers Popovici zu untersuchen, der mit dem gleichen Zuge aus dem Auslande heimkehrte. Excellenz brummte zunächst, als er aus seinem Mittagschlaf wachen aufgescheucht wurde. Doch wie konnte er die Bitte seiner pflichteifrigen Beamten abschlagen! - Donnerwetter, die Ueberraschung war gross. Unter den Polstern und Sitzen entdeckte man gegen 70 kg schwerster französischer Seide. Die Zollwächter waren peinlich berührt, und noch mehr die Excellenz, die fassungslos ihre Unschuld beteuerte. Doch zur Ehre des Ministers wurde festgestellt - und warum sollen wir uns dieser Feststellung nicht anschliessen? -, dass er keine blasse Ahnung von dem Gaunerstreich der Schmuggler hatte, die ihm da ein Kuckucksei ins Abteil gelegt hatten. Diese gerissenen Brüder hatten sich in echt balkanischer Schlaueit und Logik gedacht, dass so ein Finanzminister vom Balkan, der den kleinen Schlüssel zum grossen Geldschrank des Staates in der Westentasche trägt, es nicht notwendig hat, zu schmuggeln. Kein Zollbeamter würde es zudem wagen, das Abteil seines Vorgesetzten zu durchwühlen. Doch die Gauner hatten diesmal daneben gedacht... Der Herr Minister liess es sich natürlich nicht nehmen, den findigen Zöllner eigenhändig zu belohnen.

Es war im Mai dieses Jahres im Personenzuge Bukarest-Giurgiu-Donauhafen. In einem Abteil II. Klasse sass eine Dame, deren Benehmen immer nervöser wurde, je mehr sich der Zug der Grenzstation näherte. Der ihr gegenüber sitzende Herr, der sie schon lange prüfend beobachtet hatte, knüpfte schliesslich ein Gespräch mit ihr an und erkundigte sich teilnehmend nach dem Grunde ihrer auffälligen Unruhe. Nach einigem Zögern gestand die Frau, dass sie eine stattliche Anzahl Meter kostbarer Seidenspitzen in Bukarest erstanden habe und sie nach Bulgarien schmuggeln wolle, wo die gleichen Spitzen wegen des Prohibitivzollens überhaupt nicht zu haben seien. Der freundliche Herr beruhigte sie und versicherte, ihr auf der bulgarischen Grenzstation Rustschuck beizustehen, wo er alle Zollbeamten persönlich kenne usw. usw. Die verängstigte Gelegenheitsschmugglerin atmete befreit auf, denn sie wusste, dass ihre bulgarischen Landsleute da drüben am andern Donauufer nicht spassen. Als der kleine Flussdampfer an der bulgarischen Zollstelle anlegte und die Frau frohen Mutes die Landungsbrücke hinauf in die Höhle der Zoll-Löwen schritt, stockte ihr plötzlich der Atem: Der Kavalier, der ihr seine Hilfe versprochen hatte, drängte sich an einen Zöllner heran und erklärte ihm laut und vernehmlich, dass diese Dame da Seidenspitzen en gros durchschmuggeln wolle. Im Nu waren die Koffer der Frau durchstöbert, und als nichts gefunden wurde, musste sie sich einer Leibesvisitation unterziehen. Das Resultat war: 50 m feinsten Spitzen, die kunstgerecht um den Körper gewickelt waren. Die Schmuggelware wurde beschlag-

nahmt, und nach Erlegung einer Zollstrafe von 8000 Lewa konnte die Frau ungehindert den Zug nach Sofia besteigen. Kaum hatte sie Platz genommen, als auch der Kunziant in das Abteil trat und sich häuslich einrichtete. Zähneknirschens ob dieser Frechheit funkelte sie den Mann an, der mit zufriedenen Lächeln da sass. Kaum hatte sich der Zug in Bewegung gesetzt, als die Wut der Frau in einer wilden Schimpfkanonade zum Ausbruch kam. Ihr lächelndes Gegenüber schwieg, bis schliesslich die Erzürnte aufhörte und krampfhaft zu weinen begann. "Ihr Schaden beträgt insgesamt 22 000 Lewa?" liess sich jetzt der Mann vernehmen. "Hier haben Sie diese Summe! Der Schaden ist gering; dadurch, dass ich die Aufmerksamkeit des Zollbeamten von mir auf Sie ablenkte, vermochte ich 5 kg Goldmünzen über die Grenze zu schmuggeln, ohne sie deklarieren und zum Zwangskurs abliefern zu müssen. Mein Gewinn ist gross genug, um Ihren kleinen Schaden zu ersetzen." Sprach's, griff nach seinem Koffer und verschwand im Gewühle des Bahnhofes, in den der Zug eben eingelaufen war.....

Auf einer kleinen griechischen Grenzstelle fiel es eines Sonntags dem Zöllner auf, dass die vom Verwandtenbesuch aus dem nahen bulgarischen Dorfe heimkehrenden Bäuerinnen vielfach "Kinder" auf dem Arme trugen, die er am Morgen garnicht gesehen hatte. Bei näherem Zuschauen entpuppten sich die "Säuglinge" als niedliche kleine Ferkel, die sanft, in Babykleidchen gehüllt, in tiefstem Schläfe lagen. Was hatten die schlaunen Bäuerinnen gemacht? Die von den Bulgaren billig erstandenen Schweinchen waren mit scharfem Pflaumschnaps und Opiumtropfen gründlich betäubt worden, um sie ohne Quietscherei, als "Wickelkinder", über die böse Grenzlinie schaffen zu können. Wie die Untersuchung ergab, haben die Bauern diesen gerissenen Trick schon seit langem angewandt.

Grosses Pech hatte im vorigen Winter ein bulgarischer Kaufmann aus Petritsch, der mit seinem Gespann häufig nach der griechischen Grenzstadt Demir-Hissar hinüberfährt, sei es zu Geschäftszwecken, sei es, um sich drüben an dem ebenso billigen wie feurigen Metaxawein zu laben. Als ihm einmal der köstliche Metaxa zu gut geschmeckt hatte, entschloss er sich, einige Fläschchen mit nach Hause zu nehmen. Doch wie über die Grenze schaffen? Da kam er auf den genialen Einfall, seine beiden Fusswärmflaschen mit dem edlen Nass bis zum Rande zu füllen. Gesagt, getan. Die Grenzkontrolle verlief glatt. Doch als er im nächsten Gasthause eingekehrt war, um etwas zum "Aufwärmen" zu trinken - er fror schauerlich, denn die Wärmflaschen waren leider kalt - überraschte ihn sein Kutscher mit der Mitteilung, dass er den erkalteten Inhalt der Wärmflaschen ausgegossen und durch kochendes Wasser ersetzt habe...

Hohenzollern am Himmel.*

SPD. Am 16. Dezember ist der 100. Geburtstag Wilhelm Foersters, des grossen Gelehrten und bedeutenden Astronomen. Dieses Tages wird in der wissenschaftlichen Welt in ehrender Weise gedacht werden, da die astronomische Forschung dem begabten Manne sehr viel verdankt. Fast 40 Jahre lang, von 1865 bis 1903, leitete Foerster als Direktor die ehemalige Königliche Sternwarte am Enckesplatz in Berlin. Mit zu seinen Hauptarbeiten gehörte die Beobachtung von Planetoiden und Kometen und die genaueste Ortsbestimmung von Fixsternen. Als durch die Konstruktion immer feinerer Messinstrumente festgestellt werden konnte, dass die Pole unsrer Erde bestimmten Veränderungen und Schwankungen unterliegen, da war es Foerster, der eine internationale Zusammenarbeit organisierte, um eine genaue Prüfung der Polhöhenchwankungen zu ermöglichen. Auf seine Veranlassung wurden die "Internationale geodätische Kommission" und die "Internationale Erdmessung" begründet. An der Einführung des metrischen Systems im Jahre 1868 war Wilhelm Foerster führend beteiligt, und noch bis zum

Jahre 1920 gehörte der 1921 Verstorbene als Mitglied dem "Internationalen Mass- und Gewichtsinstitut" an, das seinen Sitz in Paris hat. Noch eine ganze Reihe anderer bedeutender Begründungen ist seiner Anregung und Förderung zu danken. So war er z.B. auch mit Wilhelm Meyer und andern ideal denkenden Männern Mitbegründer der Berliner "Urania". Als Professor der Astronomie an der Berliner Universität war er bei seinen Hörern ausserordentlich beliebt, da er seine fachwissenschaftlichen Vorlesungen, unterstützt durch eine glänzende Rednergabe, gern mit ästhetischen und philosophischen Gedanken verband, und als Vorsitzender der "Gesellschaft für ethische Kultur" kämpfte er für ein besseres Zeitalter, für eine edlere Menschheit. Dass ein Mann mit solch einem universellen Geiste weit entfernt war von Devotion und Untertanentum der wilhelminischen Zeit, ist selbstverständlich. In seinen "Lebenserinnerungen und Lebenshoffnungen" erzählt er u.a. zwei Episoden, die einen guten Einblick gewähren in die kluge und auch humorvolle Art des bedeutenden Gelehrten.

In den achtziger Jahren erschien bei Wilhelm Foerster auf der Berliner Sternwarte eine Deputation hoher, alter und ordenbehängener Herren aus den Kreisen der höchsten Generalität, die den Antrag stellte, der Sternwartendirektor möge sich mit dem Gewichte seines Amtes und seines Namens dafür einsetzen, dass das Sternbild der Kassiopeia, das durch die Stellung seiner hellsten Sterne deutlich ein lateinisches W bildet, in Zukunft zu Ehren des alten Kaisers Wilhelm den Namen "Wilhelms-Sternbild" führen solle. Foerster machte nun den Herren klar, dass ein solcher Antrag keine Aussicht habe, in der ganzen Welt und in den Kreisen der Wissenschaft allgemein angenommen zu werden. Es könnte höchstens erreicht werden, dass die andern Nationen über diesen merkwürdigen Antrag spotteten, wodurch bei dem alten Kaiser nur unangenehme Empfindungen hervorgerufen werden könnten. Glücklicherweise gelang es Foerster, die Herren zu überzeugen und Deutschland vor einer Blamage zu bewahren.

Ein andermal ereignete sich ein ähnlicher Fall. Ein Lehrer, der einem Prinzen des Hohenzollernhauses astronomische Vorträge hielt, reichte eines Tages dem Kaiser einen längeren Bericht ein, in dem er darauf hinwies, dass der im Jahre 1826 gestorbene Astronom Bode auf den von ihm herausgegebenen Sternkarten zwei Sternbilder neu abgezweigt habe, von denen er das eine "Brandenburgisches Zepter" und das andere "Friedrichs Ehre" benannt habe. Diese dem brandenburgisch-preussischen Andenken gewidmeten Namen seien aber leider von den späteren Astronomen auf den Sternkarten weggelassen worden. Der Verfasser dieser Eingabe regte ausserdem an, dass an der Berliner Universität ein besonderer Lehrstuhl für die Pflege der Kenntnis des Sternenhimmels und für die Erhaltung alter, herkömmlicher Sternennamen geschaffen werde. Die Eingabe schickte der Kaiser an den zuständigen Minister, und dieser forderte allen Ernstes Wilhelm Foerster zur Berichterstattung und Stellungnahme auf. Der geist- und humorvolle Gelehrte erklärte, dass die Vorschläge Bodes aus guten Gründen von den späteren Astronomen weggelassen worden wären. Alle helleren Sterne am nördlichen Himmel seien schon seit sehr, sehr langer Zeit zu bestimmten Gruppen und Sternbildern zusammengefasst worden, und diese Bilder hätten schon in alter Zeit Namen erhalten, die sich inzwischen im Laufe der Jahrhunderte auf der ganzen Erde fest eingebürgert hätten. Eine Umbenennung eines grösseren Sternbildes gegenwärtig noch vorzunehmen, wäre deshalb von vorn herein vollkommen zwecklos. Schon daraus wäre ersichtlich, dass die von dem Astronomen Bode abgezweigten und neugebildeten Sterngruppen nur aus sehr lichtschwachen Sternen bestehen könnten. Und tatsächlich seien die Sterne dieser Bodeschen Sternbilder so lichtschwach, dass ihr spärlicher Glanz am Himmel auch nicht im entferntesten mit dem Glanze des Hauses Hohenzollern zu vergleichen wäre. Von einer "Ehrung" könne also unter diesen Umständen überhaupt keine Rede sein.

Den feinen ironischen Humor in dieser Erklärung Foersters, des kosmisch denkenden Mannes, merkten aber nur wenige, und die allerhöchsten Stellen wa-

ren mit dieser Stellungnahme zufrieden. Wer die Bestrebungen und Werke Wilhelm Foersterns kennt, der weiss, wie weit an Geist und Bildung der bedeutende Gelehrte jenen Kreisen überlegen war, die in ihrem Grössenwahn, ihrer Ueberheblichkeit selbst vor dem Sternenhimmel nicht halt machten.

Erich Krug.

Berliner Theater.

SPD. Aus Berlin wird uns geschrieben: Planwirtschaft ist anscheinend bei Theaterunternehmern ein unbekannter Begriff. Sie setzt sich aber zwangsläufig durch und hat dabei für viele Betroffene sehr bittere Folgen. Immer wieder wird das Publikum zu neuen Theaterdarbietungen herangerufen, für die kein Bedarf vorliegt. Das führt dann mehr oder weniger schnell zu einer Pleite und die Schauspieler sind um eine Enttäuschung und eine Stempelkarte reicher. So versuchte kürzlich ein eigens zusammengestelltes Ensemble sein Heil mit dem neuen Oktoberfeststück "Kasimir und Karoline" des vorjährigen Kleistpreisträgers Oedön von Horvath. Es half nichts, dass man vorsichtigerweise die Uraufführung ins - Leipziger Schauspielhaus verlegte. In Berlin war das Stück und mit ihm das wirklich gute Ensemble, das es aufführte, nicht länger als eine Woche zusehen. Auch das "Theater am Schiffbauerdamm" hat unmittelbar nach der deutschen Uraufführung des preisgekrönten historischen Schauspiels "General Suter" des Schweizer Casar von Arx seine Pforten schliessen müssen. Aber leider wird durch diesen Schaden niemals einer klug werden.

Es ist schmerzlich, diesmal auch einen künstlerischen Misserfolg der "Volksbühne" feststellen zu müssen, wenn auch ein solches Missgeschick jedem einmal passieren kann und ein vereinzelter Fehlschlag bei der führenden Schauspielbühne Berlins nicht gleich tragisch genommen zu werden braucht. Das dort uraufgeführte Schauspiel "Das neue Paradies" des Ungarn Julius Hay versucht eine historische Episode aus den Anfängen des modernen Sozialismus zu schildern: die um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in Amerika unternommene Gründung einer kollektivistischen Produktionsiedelung, die aus doktrinärem Illusionismus an der harten Wirklichkeit des Kapitalismus scheitert. Der Verfasser schwankt unentschieden zwischen sachlich ernster und ironischer Behandlung seines Stoffes. Es fehlt dem Stücke jegliche dramatische Gestaltung und Spannung und den Personen jegliche Charakterisierung. Der Dialog ist vielfach unecht und abstrakt. Wir haben es hier eher mit einer dramatisierten Agitationsschöpfung von gewiss löblicher Tendenz als mit einer Dichtung zu tun. Das immer wieder vorzügliche Ensemblespiel unter der Regie Hilperts (der nur leider zu allzu grosser Verwischung des gesprochenen Wortlauts durch überstürzte Sprechweise neigt) lässt für die Zukunft wieder erfreulichere Leistungen der "Volksbühne" erwarten.

Nur auf dem Gebiete der leichtesten Unterhaltungskunst, der Operette, ist eine rühmensewerte Darbietung zu nennen. Aus der gewohnten Operettenschundmassenfabrikation ragt die im "Kurfürstendamm-Theater" zur Uraufführung gelangte Operette "Glückliche Reise!" (Text von Bertuch und Schwabach, Musik von dem schon oft bewährten Eduard Künneke) angenehm hervor. Handlung und Text sind gewiss alles andere als geistreich. Zwei junge Deutsche im brasilianischen Urwald haben aus lauter Langeweile aufgrund eines Inserats in einer Berliner Zeitung einen regelmässigen Briefwechsel mit zwei jungen Mädchen aufgenommen und brennen nun vor Sehnsucht nach persönlicher Bekanntschaft mit den Briefschreiberinnen. Nach einjährigem Briefwechsel, der über ein Berliner Reisebüro geführt wird, nehmen sie eine günstige Gelegenheit zur Rückfahrt nach Deutschland wahr. Sie sind auch von ihren schnell gefundenen Partnerinnen durchaus befriedigt und gleich bis über die Ohren in sie ver-

liebt. Dabei stellt sich jedoch heraus, dass die eine junge Dame, die auch sonst allerlei geschwindelt hat, den gesamten Briefwechsel mit beiden Männern allein geführt hat, während ihre schon halb und halb mit einem soliden älteren Regierungsrat verlobte Freundin, deren Name missbraucht worden ist, gar nichts davon weiss. Das ergibt nun für den Aktschluss erforderlichen kleinen Konflikt, doch läuft die Geschichte natürlich glücklich aus, und am Schlusse empfehlen sich zwei Liebespaare als Verlobte. Der Vorzug dieser schwankhaften Handlung liegt in der wesentlichen Vermeidung von Sentimentalität und in ihrer prickelnden, von flotten Tempo beschwingten Lustigkeit. Aber den Hauptreiz gewinnt das Werk aus seiner rhythmisch und instrumental kräftig gepfefferten und wirksam gesetzten Musik, die den Zuhörer einfach mitreisst, und deren zahlreiche wirkliche Schlager sich wohl für diesen Winter überall einbürgern dürften. Man wird dieser Operette wahrscheinlich bald auf vielen Provinzbühnen begegnen.

Bz.

Ein Dichter feiert Weihnacht.^x

SPD. Zwischen Mauthausen und Grein, dort, wo die Donau die rauschende Enns, das herrlichste Wildwasser Österreichs, aufgenommen hat und sich anschickt, über Felsen und Wirbel und Schwälle den Strudengau zu durchströmen, liegt ein einsames Gut. Von seinen Fenstern sieht man über Wälder und Berge, über grüne Matten und blühende Felder bis nach den Schneebergen der Steirer Alpen. Jetzt aber, mitten im Winter, sind Berge und Wälder tief verschneit, und die Sonne wirft blaue, kalte Schatten über die blinkenden Firnfelder.

Man schreibt Weihnacht 1893. Wie in jedem Jahre, so hat man auch diesmal auf dem Gute nach alter Sitte gemeinsam gesungen und gebetet; das Gesinde hat mit einem "Vergelt's Gott!" die einfachen Gaben in Empfang genommen, und dann ging man zur Ruhe, denn am ersten Feiertage hiess es früh aufstehen, um die Christmette nicht zu versäumen. Licht um Licht ist erloschen; nur die Sterne spenden geheimnisvollen Glanz und hüllen die Flusslandschaft in den silbernen, leuchtenden Schein der Schneenacht.

Aber die junge Frau, die seit kurzem hier bei ihren Grosseltern zu Besuch weilt, um das erste Weihnachtsfest ihrer Ehe in dieser Stille zu verbringen, ist noch nicht zur Ruhe gegangen. In dem grossen Zimmer im zweiten Stock, von dem man geradewegs hinabschaut auf die Donau, geht sie leise hin und her und trifft ihre Vorbereitungen für den Christabend, den sie jetzt, nachdem die allgemeine Feier zu Ende gegangen ist, mit ihrem Gatten feiern will. Lächelnd öffnet sie den riesigen, altmodischen Eichenschrank und holt die Weihnachtstanne heraus, die sie hätte wie die Räuber heimlich aus dem Walde geholt haben. Schlanke weisse Wachskerzen befestigt sie an dem grünen Zweigen, und ganz oben, auf der Spitze thront ein winziger weisser Weihnachtsengel. Zu den Füßen des Baumes legt sie dann die Geschenke: Tuben mit Oelfarbe, eine grosse Flasche Kopiertinte, zwei kleine Bilderrahmen, einige chemische Retorten und Tiegel, eine Flasche Punsch und endlich ein Paar weiche, behagliche Pantoffeln, auf die sie nicht gerade stilvoll, aber mit vielen freundlichen und heiteren Gedanken eine Rose gestickt hat.

Mit einem letzten Blick überschaut die junge Frau den Weihnachtstisch. Dann öffnet sie leise die Tür und lauscht. Das Gespräch zweier Männerstimmen tönt undeutlich zu ihr herauf. Ein leises Klappern und Stühlerutschen: Aha, eben schiebt Grossvater die Figuren auf dem Schachbrette zusammen. Jetzt wünscht er ihm gute Nacht. Eilig schliesst sie die Türe wieder und zündet die Kerzen an.

Nach wenigen Augenblicken steht ihr Mann auf der Schwelle. Mit strahlen

den Augen, wie ein glückliches Kind, sieht er den schönen, schlichten Baum. Dann tritt er leise an seinen Schreibtisch und holt ein kleines Bild heraus, eine Bleistiftzeichnung, die einen etwa dreizehnjährigen Knaben darstellt. Es ist sein eigenes Jugendbildnis. "Da hast Du mich auch als Kind", flüstert er. "Aber gib ja acht - - Kinder leiden mehr als Erwachsene - -"

Leise zieht er die Vorhänge der beiden Fenster zurück. Draussen schimmert der nächtliche Strom im Glanze der Sterne. Unwirklich fern leuchten weisse Schneefelder. Und die Nacht, die Gestirne und das lautlose Schweigen der stillen Landschaft treten herein ins Zimmer.

Der Mann zieht die junge Frau an sich. "Ich werde Dir ein Märchen erzählen", sagt er. "Es war einmal ein armer Mensch auf der Erde, der sehtete sich krank nach irgend etwas, das er hier nicht finden konnte. Das sahen die Engel Gottes, und am Weihnachtsabend flüsterten sie leise zusammen, und dann sprangen sie alle mit beiden Füssen in die dicken, grauen Schneewolken, die sich an Himmel gelagert hatten. Dann entstanden überall tiefe kleine Löcher. Der arme Mensch auf der Erde aber blieb wie gebannt stehen und blickte durch diese unzähligen Himmelsfenster hinein in eine Welt, die er auf Erden nicht finden konnte. Die Himmelsfenster aber, die ihn so glücklich machten und seiner Sehnsucht endlich ein Ziel setzten, nennen wir seitdem Sterne - -"

Die junge Frau lehnt leise ihren Kopf an seine Schulter und schweigt. Der Mann streichelt ihr schönes, volles Haar. "Du bist müde", sagt er. "Es ist längst Zeit für Dich, schlafen zu gehen. Ich komme gleich nach."

Als sie das Zimmer verlassen hat, kommt etwas Unruhiges, Gehetztes in seine Augen. Mit jähem Ruck steht er auf und löscht die Wachskerzen aus. Dann nimmt er die neuen Tiegel und eine Retorte zur Hand. Seitlich an der Wand steht ein riesiger Kachelofen, den eine breite Bank umgibt. Bald ist sie von Gläsern und Flaschen bedeckt. Seltsam geformte Steine, kleine Tüten, in denen gelbes und rotes Pulver ist, Näpfchen, mit grünen und weissen Flüssigkeiten gefüllt, befinden sich daneben.

Der Mann holt einen grossen Holzschemel und stellt ihn neben die Bank. Dann entzündet er eine kleine Gasflamme und setzt eine Retorte, in die er etwas hineingeworfen hat, aufs Feuer. Ein dicker, schweflicher Dampf quillt alsbald heraus und erfüllt das ganze Zimmer. Zusammengekauert sitzt der Mann und starrt in das brauende, qualmende Element. "Man müsste bis an den Grund aller Dinge herankommen", flüstert er vor sich hin. "Alles, was bis heute fest stand, müsste umgeformt werden. Die Werte der Wissenschaft, die Sätze unsrer Chemie - was sind sie andres als Hypothesen für Unwissende, Suchende - - Man müsste Himmelsfenster schaffen, durch die wir endlich hineinsehen können in die Lösung des letzten Welträtsels....."

Als nach Stunden die hellen Glocken der kleinen Ardagger Kirche zur Christmette riefen, da brannte noch immer Licht in dem grossen Zimmer des zweiten Stockwerkes, und aus den geöffneten Fensterflügeln quollen breite, weisse Schalen von Schwefeldampf.

Unten im Gutshof aber stand das Gesinde, die Gesangbücher in den Händen, und tuschelte.

"Die reinsten Teufelsküchen hat er da heroben", sagte eine junge Magd. "Mit dem möchte i nüt verheirat' sein!"

"Er scheint auch gar koanen Beruf zu hobn, wie an richtiger Christenmensch", warf eine andre Stimme halblaut ein. "Wenn ein Brief an ihn aus Schweden kommt, dann steht nix drauf als: An Herrn August Strindberg". - - -

Elke.

Die ich rief, die Geister....^X

SPD. Der bedeutende Kunstwissenschaftler Hermann Grimm erzählte in seinen Vorlesungen an der Berliner Universität immer wieder heitere Begebenheiten aus seinem Leben und seiner Berufspraxis. Zu den besten Geschichten, die ich aus seinem Munde gehört habe, zählt die folgende:

Eines Tages - es war um 1875 - kam der junge Oberlehrer (und später bekannte Literaturwissenschaftler) Bernhard Suphan zu Hermann Grimm und berichtete ihm voll Begeisterung, er habe sich in der letzten Zeit in die Schriften Herders vertieft; das sei ja ein ganz grossartiger Mann, und seine Werke müssten unbedingt der Nation in einer zuverlässigen Ausgabe zugänglich gemacht werden. (Es gab damals noch keine wissenschaftliche Herder-Ausgabe). Grimm versprach, sich für den Plan einzusetzen, und gewann auch bald den Verleger Reimer für das Unternehmen.

Und nun mag Grimm selber weitererzählen:

"Sehen Sie, meine Herren, Suphan war damals Oberlehrer, und ein Oberlehrer schleppt immer ein Paket Hefte unter dem Arme, und so schleppt er auch eine Menge Ängstlichkeit mit sich herum. Eines Abends kam er nun wieder zu mir, und zwar ganz aufgeregt. Er habe, so sagte er, jetzt einige Schriften Herders studiert, die ihm noch unbekannt gewesen seien, z.B. das Reisetagebuch ("Journal meiner Reise"), in dem so häufig das Wort "Revolution" vorkomme. Da seien unerhörte Gedanken drin; so etwas dürfe man doch gar nicht veröffentlichen; das errege ja Anstoss und Ärgernis. Nun, ich kannte dieses Reisetagebuch. Es enthält die Keime zu allen späteren Schriften Herders. Anstössig ist es aber höchstens für einen ängstlichen Oberlehrer. Ich beruhigte den jungen Mann und stellte ihm vor, Herder sei doch Theologe gewesen; gar so gefährlich könnten also seine Ideen nicht sein. - Er ging etwas gefasster von mir, wenn auch anscheinend nicht ganz überzeugt. Er war eben immer noch der Oberlehrer mit den Heften."

K.Qu.

SPD. Shakespeare in Deutschland.^X Das erste Shakespearesche Drama, das ins Deutsche übersetzt wurde, war der "Julius Caesar". Die erste Uebersetzung stammte von Borck und erschien im Jahre 1741. Das am häufigsten ins Deutsche übertragene oder bearbeitete Shakespearesche Drama dürfte der "Macbeth" sein, an dessen Uebertragung sich u.a. der aus der Sturm und Drang-Zeit bekannte Heinrich Leopold Wagner, ferner Schiller, Karl Simrock und Friedrich Theodor Vischer beteiligt haben.

SPD. Schottisches Feuerwerk.^X In Aberdeen in Schottland sollte ein Feuerwerk abgehalten werden. Ein Brillantfeuerwerk zu Ehren irgend eines Prominenten. Da kam ein Gewitter. Eine Stunde vor dem angesagten Beginn des Feuerwerks brannte eine Scheune in der Nähe von Aberdeen nieder. Daraufhin liess der Bürgermeister von Aberdeen das Brillantfeuerwerk ausfallen mit der Begründung, neben einem Feuerwerk des lieben Gottes lasse sich so ein lumpiges Brillantfeuerwerk natürlich nicht sehen.

Deutscher Reichstag

3. Sitzung am 9. Dezember, 11 Uhr.

SPD. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden in üblicher Weise die Urlaubsbewilligungen an Abgeordnete bekanntgegeben. Abg. Torgler (Komm) rief: "Wie ist es mit dem Nationalsozialisten Strasser?" Vizepräsident Esser erwiderte: "Ein Urlaubsgesuch des Abg. Strasser ist noch nicht eingegangen."

Verschiedene Anträge auf Einstellung von Straf- und Disziplinarverfahren wurden dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen. In dritter Lesung wird ohne Aussprache das von den Nationalsozialisten beantragte Vertretungsgesetz für den Reichspräsidenten mit 404 gegen 127 kommunistische und deutschnationale Stimmen angenommen.

Es wird dann die am Mittwoch abgebrochene sozialpolitische Aussprache fortgesetzt.

Abg. Reissner (Soz):

Die Vorschläge der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zur Besserung der Wirtschaftslage hat man unbeachtet gelassen und stattdessen Notverordnungen unter hochtrabenden Titeln erlassen. Der vielgerühmte privatkapitalistische Papenplan ist gescheitert. Die gewerkschaftlichen Feststellungen über die Neueinstellungen von Arbeitern sind der klare Beweis dafür. Die Lohnsätze von 26 000 Arbeitern sollen massgebend sein für die Entlohnung von 550 000 öffentlichen Arbeitern. Die Löhne der Reichsarbeiter werden in unerträglicher Weise herabgedrückt. Ueberlegt man sich denn nicht, dass ausser der Verminderung der Kaufkraft auch die Zuverlässigkeit der Arbeit dadurch bedroht werden muss?

Zu den Angriffen des Abg. Pieck in der Mittwoch-Sitzung auf die Gewerkschaften und auf die Sozialdemokratie wegen des Berliner Verkehrsstreiks verweise ich, da die Zeit fehlt, um auf alles einzugehen, auf die Sachdarstellung des Gesamtverbandes in seinem Flugblatt. (Zuruf der Kommunisten: Schwindel!) Reden Sie doch nicht von Schwindel, sehen Sie sich nur Ihre Agitation und Ihre Presse an! Herr Pieck hätte besser getan, von diesem Streik zu schweigen. (Pieck: Das hätte Ihnen so gepasst!) Die angebliche RGO.-Streikleitung war während des Streiks überhaupt nicht zu finden. Als Gewerkschaftler müssten Sie wissen, dass es bei einem Streikabbruch die erste Pflicht der Streikleitung ist dafür zu sorgen, dass Massregelungen unterbleiben. (Lärmende Gegenrufe der Komm.) Die RGO. hat überhaupt nichts getan, um Massregelungen zu verhüten. (Andauernder Lärm der Komm.) Sie haben ja selbst zugegeben, dass es ein Streik gegen die Gewerkschaften war. Kommunisten und Nationalsozialisten haben sich gegenseitig als Streikbrecher bezeichnet. Wie Sie sich da gegenseitig an Ihren Blättern abgemalt haben, da blieb kein Auge trocken. (Lebhafte Zustimmung der Soz., andauernder Lärm der Komm., die unter andern den Sozialdemokraten Nichtbeteiligung an der vorgestrigen Schlägerei ankreiden.) Ganz so wie seinerzeit im Landtag sind vorgestern auch hier die meisten Kommunisten ruhig auf ihren Plätzen geblieben, während ihre Genossen draussen in der Schlägerei standen. Sie erklären uns als den Hauptfeind. Da können Sie doch wirklich nicht verlangen, dass wir Solidarität üben und Sie heraushauen. (Geschrei der Komm.) Ich selbst bin am 29. Mai vorigen Jahres ohne Grund und ohne Veranlassung von Ihren Anhängern mit dem Messer in den Kopf gestochen worden und sie haben mir die rechte Schulter gebrochen. Verlangen Sie nicht von uns, dass wir uns in Ihre Prügeleien mit den Nazis einmischen! (Lebhafte Zustimmung der Soz.)

Die Nazis, die sonst den "marxistischen Klassenkampf" verurteilen und deren Oberbefehlshaber Adolf Hitler in seinem Verfassungsentwurf 1923 Todesstrafe auf den Streik gesetzt hat, sind wegen ihrer Beteiligung am Berliner Ver-

kehrsstreik zur Ordnung gerufen worden. Bei der Besprechung mit dem Reichspräsidenten hat sich Hitler ausdrücklich gegen diese Streikaktion ausgesprochen. Nicht um den Arbeitern zu helfen, sondern um Stimmung für die Reichstagswahl zu machen, haben Sie diesen Streik veranstaltet. Wir aber bleiben im Interesse der Arbeiterschaft bei der bewährten gewerkschaftlichen Disziplin und den gewerkschaftlichen Kampfregeln. (Die Kommunisten rufen unausgesetzt: Streikbrecher! - Präsident Göring bittet, das zu unterlassen.)

Abg. Reissner stellt nun dem gescheiterten Papenplan das bereits veröffentlichte konstruktive Arbeitsbeschaffungsprogramm der Sozialdemokratie gegenüber, das er unter dauerndem Geschrei der Kommunisten erläutert. Er wendet sich besonders auch gegen die verderblichen autarkischen Kontingentsbestrebungen und begründet unter Hinweis auf die höchst mangelhaften Wohnungszustände breiter Volksmassen die Forderung einer Wiederaufnahme des öffentlichen Wohnungsbaues: Wir unterstützen auch den Antrag der Bayerischen Volkspartei, dass die Steuergutscheine der Hausbesitzer restlos für Hausreparaturen verwendet werden.

Abg. Reissner führt zum Schluss aus, dass der Ausweg aus der völkerverwundenden Krise des Kapitalismus nur durch den Übergang zur Produktion im Interesse des gesamten Volkes überwunden werden kann. (Zuruf der Komm.: Wie stehen Sie zu Leipart?) Wenn ich auf die Erzeugnisse Ihrer blühenden Phantasien über Leipart einginge, täte ich Ihnen viel zuviel Ehre an! Die kapitalistische Offensive ist in den Verordnungen der Papenregierung besonders sichtbar geworden. Darum fordern wir die Aufhebung dieser arbeiterfeindlichen Massnahmen und werden den werktätigen Massen als Führer zum Ziel des Sozialismus dienen. (Andauerndes wüstes Geschrei der Kommunisten, lebhafter Beifall der Soz.)

Abg. Rädcl (Komm) richtet heftige verlogene Angriffe gegen die Sozialdemokratie. Sie hätte die Arbeiter beim Berliner Verkehrsstreik im Stich gelassen usw.

Abg. Tremmel (Ztr): Die Arbeiter denken heute schondarüber nach, wie es kommt, dass es ihnen am schlechtesten geht gerade in der Zeit, in der die Kommunisten und die Nationalsozialistische Arbeiterpartei zusammen die Mehrheit im Reichstag haben. Die Arbeiterschaft empfindet es als bitteres Unrecht, dass der Reichspräsident dem Papen-Kabinet Generalvollmacht zum Abbau der Sozialpolitik gegeben hat. Diese Generalvollmacht muss aufgehoben werden. Das Wirtschaftsprogramm des Papen-Kabinetts kann die Wirtschaftskrise nicht beheben, denn wir leiden ja nicht an mangelnder Produktion, sondern an mangelndem Absatz.

Abg. Bausch (Christl. Sozialer Volksdienst) erklärte, seine Partei habe ursprünglich dem Kabinet Papen sympathisch gegenübergestanden; aber die Fehler dieser Regierung hätten sich von einer Notverordnung zur andern gehäuft. Der Christlichsoziale Volksdienst stimme den gegen die Papen-Notverordnungen gerichteten Anträgen zu.

Abg. Dr. Hugo (D.Vp.): Die Verantwortung, in das System der Notverordnungen einzugreifen und grundsätzliche Änderungen vorzunehmen, ist ausserordentlich gross. Meine Freunde haben auch ihrerseits den Wunsch, manche Korrekturen vorzunehmen, sie lehnen es aber ab, dass nun in Bausch und Bogen etwas vernichtet wird, was vorläufig als Arbeitsgrundlage für unser Volk dient. Die Zeit ist noch nicht gekommen, um die Vollmacht zur Verbilligung der Sozialversicherung aufzuheben.

Abg. Dr. Schmidt-Eichwalde (Dnat) widerspricht der Behauptung des sozialdemokratischen Abg. Reissner, die Deutschnationalen hätten die Regierung Papen bedingungslos unterstützt. Gerade Hugenberg habe gegen die Juni-Notverordnung der Papen-Regierung wegen der Renten- und Unterstützungs-

kürzung Einspruch erhoben. Wenn man für etwa 700 Millionen Mark Steuergutscheine eine andere Verwendungsmöglichkeit suche, so sei dann zu fordern, dass die Hauszinssteuer in die Erstattung durch Steuergutscheine einbezogen werde, damit der Hausbesitz notwendige Ausbesserungen vornehmen könne.

Abg. Schumann-Berlin (Nat. Soz.) kritisierte scharf die Zustände in der Berliner Verkehrs-Gesellschaft. Während die leitenden Direktoren phantastisch hohe Gehälter und Pensionen beziehen, sei den kleinen Angestellten der Lohn so gekürzt worden, dass der Verkehrsstreik eine durchaus berechtigte wirtschaftliche Abwehr-Aktion gewesen sei. Die marxistische Gewerkschaft und ein Teil der kommunistischen RGO habe leider Streikbruch getrieben.

Bei diesen Ausführungen kommt es zu lärmenden Rufen und Gegenrufen der Kommunisten und Nationalsozialisten. Abg. Dittmann (Soz.) legt ein Plakat auf den Tisch des Hauses. Ein nationalsozialistischer Abgeordneter nimmt es vom Tisch und zerreisst es.

Die sozialpolitische Aussprache war damit beendet. Es folgten die Abstimmungen.

Vorher gab Abg. Steinhoff (Dn) eine Erklärung ab des Inhalts, die Deutschnationalen würden denjenigen Anträgen zustimmen, die offensichtliche Härten beseitigen wollen. Im übrigen werden wir, so heisst es in der Erklärung weiter, uns der Stimme enthalten, um damit zum Ausdruck zu bringen, dass wir bei Lebensfragen der Nation gegen eine solche Art der überstürzten Antragsfabrikation Protest erheben, wie sie hier von der schwarz-braun-roten Koalition beliebt wird.

Ein Antrag Torgler (Komm), zunächst den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der ganzen Notverordnung vom 4. September zur Abstimmung zu bringen, wurde gegen Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

Der vom Zentrum eingebrachte Gesetzentwurf auf Aufhebung des zweiten Teils "Sozialpolitische Massnahmen" der Notverordnung vom 4. September wurde dann in zweiter und dritter Beratung gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen. Der durch Annahme des Zentrums-Entwurfs aufgehobene sozialpolitische Teil der Notverordnung vom 4. September umfasst die Ermächtigung an die Regierung zu Änderungen bei der Sozialversicherung.

Nach dieser Abstimmung kam es zu einer erregten Geschäftsordnungsdebatte über die Forderung der Kommunisten und Sozialdemokraten, nunmehr die Anträge auf Aufhebung der ganzen Notverordnung vom 4. September vorzunehmen.

Abg. Dr. Frick (Nat. Soz.): Um diesen Streit zu beenden, beantragen wir, alle weiteren Anträge und Entwürfe dem Sozialpolitischen Ausschuss zu überweisen.

Dieser Antrag wurde von der Linken mit grossem Lärm beantwortet. Die Kommunisten riefen: Die Schleicher-Koalition ist fertig! - Als Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Ausschuss-Ueberweisung protestierten, erwiderte Vizepräsident Esser, die Ausschuss-Ueberweisung sei von den Fraktionsführern vereinbart worden. Nun erklärten Abg. Torgler (Komm) und Abg. Aufhäuser (Soz), die kommunistische und sozialdemokratische Fraktion seien nicht gefragt worden. Gegen den Vizepräsidenten Esser wurden von Kommunisten Schimpf-Rufe gerichtet: "Lügenpräsident, Nazipräsident!"

Abg. Dr. Breitscheid (Soz) wies darauf hin, dass bei Annahme des Vorschlags Frick auch die Anträge auf Winterhilfe heute nicht zur Annahme kommen würden. Er protestierte gegen eine gemeinsame Abstimmung und forderte besondere Abstimmung über den sozialdemokratischen Winterhilfe-Antrag.

Vizepräsident Esser erklärte, nach der neuen Geschäftsordnung müsse dieser Antrag dem Haushaltsausschuss überwiesen werden, weil er finanzielle Mehraufwendungen bringe.

Auf Antrag Dr. Breitscheid musste die Abstimmung über die Ausschuss-Ueberweisung des Winterhilfe-Antrags namentlich erfolgen. Während der Abstimmung sprach Abg. Dr. Frick (Natsoz) wiederholt mit dem Vizepräsidenten Esser. Die Kommunisten riefen dazu höhnisch: "Herr Esser, stehen Sie doch auf, wenn Frick Ihnen Instruktionen gibt!"

In der namentlichen Abstimmung stimmten die Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Ausschuss-Ueberweisung, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei gaben Stimmenthaltungskarten ab. Die übrigen Parteien stimmten für die Ueberweisung des Winterhilfe-Antrages an den Haushaltsausschuss. Die Ausschuss-Ueberweisung wurde mit 295 gegen 206 Stimmen bei 48 Stimmenthaltungen beschlossen.

Abg. Löbe (Soz) bezeichnete es als notwendig, dass nach dieser Abstimmung der Haushaltsausschuss so schnell arbeitet, dass die von allen Parteien für notwendig gehaltene Winterhilfe noch vor Weihnachten vom Plenum verabschiedet werden kann.

Vizepräsident Esser erwiderte, der Ausschuss werde schnell genug arbeiten können; über die nächste Planarsitzung werde man nachher beraten, (Rufe b.d.Komm.: "Die Armen und Erwerbslosen werden von den Nazis verraten!")

Abg. Torgler (Komm) beantragte, nun über die kommunistischen Anträge zur Winterhilfe sofort abzustimmen.

Abg. Leicht (Bayr.Vp.) bezeichnete es als notwendig, alle Anträge zur Winterhilfe gleichmässig dem Ausschuss zu überweisen.

Abg. Dr. Frick (Nat.Soz): Unser Antrag könnte gleich angenommen werden, denn er fordert ja nur die Regierung zu Hilfsmassnahmen auf und hat keine finanziellen Auswirkungen.

Abg. Löbe (Soz):

Wenn irgend einer dann bedarf dieser Antrag der Ausschussberatung. Er verlangt nämlich, dass die Unterstützungen in Form von Lebensmitteln und Kleidungsstücken durch Bauern und Gewerbetreibende geliefert werden sollen, denen der Gegenwert auf ihre Steuern angerechnet wird. Wie kommen nun diejenigen Bauern und Gewerbetreibenden zum Gegenwert, die infolge der wirtschaftlichen Not keine Steuern zahlen? (Heiterkeit)

Auf sozialdemokratischen Antrag wurde gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen die Ausschuss-Ueberweisung auch für den nationalsozialistischen Winterhilfe-Antrag beschlossen.

Die kommunistischen Winterhilfe-Anträge, deren sofortige Annahme Abg. Torgler verlangt hatte, wurden durch namentliche Abstimmung mit 296 gegen 206 kommunistische und sozialdemokratische Stimmen bei 49 Enthaltungen gleichfalls dem Haushalts- und Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

In namentlicher Abstimmung werden dann kommunistische und sozialdemokratische Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen vom 14. Juni, 4. und 5. September mit 296 Stimmen gegen 203 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei 49 Enthaltungen dem Haushalts- und Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. Der nationalsozialistische Antrag zur Arbeitsbeschaffung wird gegen die Stimmen der Nationalsozialisten dem Haushaltsausschuss überwiesen. Alle übrigen Anträge auf Hilfsmassnahmen für Erwerbslose und Sozialhilfsbedürftige usw. werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Es folgte die Beratung des kommunistischen Antrages, der Massnahmen für die beim Explosionsunglück im I.G. Farbenwerk Premnitz Betroffenen fordert.

Abg. Herm (Komm) begründet den Antrag. Als er scharfe Angriffe gegen die Nationalsozialisten richtet, entsteht bei diesen grosse Unruhe. - Präsident Göring ersucht den Redner um Mässigung, da er ihm sonst das Wort entziehen müsse. In dem Antrag wird gefordert die Schliessung des Betriebes bis zum Abschluss der Untersuchung, Weiterzahlung des Lohnes und eine stren-

ge Bestrafung aller Schuldigen an dieser Katastrophe.

Abg. Ebert (Soz)

wendet sich gegen die kommunistische Behauptung, das Unglück sei durch Rationalisierungsmassnahmen entstanden. Vielmehr habe sich das Unglück in der Produktion chemischer Stoffe ergeben. Mit einer politischen Ausnutzung dieses bedauerlichen Unglücks, wie es die Kommunisten täten, werde den Betroffenen nicht gedient. - Ein Kommunist ruft: "Unternehmerknecht!" und wird vom Präsidenten Göring zur Ordnung gerufen. - Der Redner fordert ebenfalls eine strenge Untersuchung der Ursachen des Unglücks. Die Antreiberei sei in diesem Betrieb nicht grösser als in anderen kapitalistischen Betrieben.

Abg. Wagner-Westfalen (Natsoz): Die Art der kommunistischen Reichstags-Aktion sei nur geeignet, eine wirksame Untersuchung zu stören oder zu verhindern. Die kommunistische Forderung, den Betrieb bis zum Abschluss der Untersuchung zu schliessen, würde eine schwere Schädigung der noch beschäftigten Arbeiter bedeuten. Die Untersuchung müsse aber mit aller Rücksichtslosigkeit durchgeführt werden. Abgesehen von der Forderung der Schliessung des Betriebes würden die Nationalsozialisten den übrigen Forderungen des kommunistischen Antrags zustimmen.

Abg. Tremmel (Ztr) beantragte die Ueberweisung des kommunistischen und des zu der gleichen Frage eingegangenen sozialdemokratischen Antrags an den Sozialpolitischen Ausschuss. Der kommunistische Antrag sei in der vorliegenden Form garnicht annehmbar, ehe durch die Untersuchung festgestellt sei, ob überhaupt die J.G.Farben für die Katastrophe verantwortlich sei.

Der Antrag auf Ausschuss-Ueberweisung wurde abgelehnt. Der kommunistische Antrag wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen unter Ablehnung der Forderung, dass der Betrieb bis zum Abschluss der Untersuchung geschlossen werden solle.

Als letzter Punkt stand auf der Tagesordnung die zweite und dritte Beratung der Amnestie-Entwürfe.

Abg. Löbe (Soz) beantragte Unterbrechung der Sitzung um eine halbe Stunde, damit die Fraktionen Gelegenheit finden, zu einem sehr wichtigen Antrag Stellung zu nehmen, der nach der Ausschussberatung der Amnestie-Vorlage eingegangen sei und der für die endgültige Stellungnahme der Sozialdemokraten entscheidend sein könnte.

Die Unterbrechung der Sitzung wurde beschlossen. Der vom Abg. Löbe erwähnte Antrag geht vom Zentrum aus und will gewisse Landesverrats-Delikte von der Amnestie ausnehmen.

Nach diesem Zentrumsantrag soll die Höchstgrenze der vollkommen zu erlassenden Strafen von fünf auf zwei Jahre herabgesetzt werden. Von der Amnestie sollen ausgenommen werden Hochverrat, nicht Landesverrat, der bei der Reichswehr oder Polizei begangen wird, d.h. die "Zersetzungs"-Tätigkeit, Meineid und alle Taten, die von Roheit, niedriger Gesinnung oder Gewinnsucht zeugen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erstattete Abg. Högner (Soz) den Bericht des Rechtsausschusses über die Beratung des sozialdemokratischen, nationalsozialistischen und kommunistischen Amnestie-Entwurfs. Er empfahl den im Ausschuss vereinbarten Entwurf zur Annahme.

Abg. Gok (Dn) führte in der Aussprache aus, mit Amnestien sollte man nur bei besonders feierlichen Anlässen vorgehen. (Ruhe b.d.Nat.Soz.: "Zu Hugengeburtstag!" - Heiterkeit). Ein solcher Anlass sei nicht dadurch gegeben, dass die schwarz-braun-rote Koalition sich jetzt bemühe um die Galvanisierung des hoffnungslos toten Frosches Parlamentarismus. Im

Interesse der Berufsfreudigkeit der deutschen Richter sollte man Amnestien vermeiden und nur mit Einzelbegnadigungen vorgehen.

Abg. Koska (Komm) bezeichnete den Ausschuss-Entwurf als ein die Kommunisten keineswegs befriedigendes Kompromiss. Die darin gewährte Teil-Amnestie befreie nicht die Opfer der Sondergerichte mit ihren drakonisch hohen Strafen. Der neue Zentrums-Antrag, der die Zersetzungsdelikte bei Polizei und Reichswehr von der Amnestie ausnehmen will, würde den Amnestie-Entwurf für die Kommunisten kaum noch annehmbar machen, denn die Justiz lege den Hochverratsparagrafen so weitherzig aus, dass Soldaten schon deswegen als Hochverräter verurteilt wurden, weil sie die Broschüre mit der Lebensbeschreibung des Leutnants Scheringer gekauft hatten. (Hört! Hört!) Die zur Abwehr der nationalsozialistischen Gewalttaten erlassene Terror-Notverordnung sei von der Klassenjustiz der Sondergerichte einseitig als Instrument zum Kampf gegen links benutzt worden. (Sehr wahr!)

Abg. Dr. Marum (Soz) äusserte Bedenken dagegen, dass die Amnestie auch auf diejenigen Anwendung finden solle, die durch gemeine Lüge und Verleumdung den Kampf gegen politische Gegner geführt haben. Ein weiteres Bedenken besteht darin, dass häufige Amnestien die Autorität der Rechtsprechung erschüttern. Trotzdem sei heute eine Amnestie notwendig mit Rücksicht auf die Blut- und Schreckensurteile der letzten Zeit. Von vielen Richtern, vor allem vom Reichsgericht werde mit zweierlei Mass gemessen. In jedem einfältigen Artikel eines kommunistischen Redakteurs erblicke das Reichsgericht versuchten Hochverrat. Den Verfassern der Boxheimer Dokumente habe aber der Reichsanwalt selbst den Tip zur Verteidigung gegeben. Die Hochverrats-Untersuchung gegen Göbbels habe die Reichsanwaltschaft in drei Jahren noch nicht abgeschlossen. Vielfach beugten Richter nicht bewusst das Recht, wenn sie so mit zweierlei Mass messen. Anders stehe es mit dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts und mit seinem Senatspräsidenten Witt: Bei diesem Mann - so führt Marum weiter aus - bin ich der Ueberzeugung, dass er bewusst das Recht beugt (hört! hört!-Rufe, Präsident Göring ruft den Redner zur Ordnung). Das ist der Mann, der es seinerzeit abgelehnt hat, in den Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik einzutreten. Ich achte eine solche Ueberzeugung, aber wer sie hat, sollte nicht als Richter am höchsten Gericht der Republik wirken (Beifall b.d.Soz.). Das ist der Mann, der den ostpreussischen Gutsbesitzern mit der schwarzen Fahne für alle möglichen schweren Delikte den Schutz des übergesetzlichen Notstandes bewilligt hat. Wir haben grosse Bedenken gegen den vorliegenden Entwurf, aber wir stimmen der Amnestie dennoch zu, weil sie notwendig ist, um die unerhörten Blut- und Schreckensurteile von einseitig eingestellten Richtern zu korrigieren. Den Zentrumsantrag lehnen wir ab, nicht weil wir etwa Hochverräter schützen wollen, sondern weil wir wissen, in wie einseitiger Weise Hochverrats-Urteile gegen links gefällt werden. Wir verlangen weiter die Aufhebung der Sondergerichte und der Terror-Notverordnung. (Lebh.Beifall b.d.Soz.)

Abg. Dr. Frank II (Natsoz): Die Nationalsozialisten wollen die Amnestie nicht als ein Geschenk, sondern es ist die Pflicht der Volksvertretung, die Opfer in Schutz zu nehmen gegen die Auswirkung der justitiellen Enteignung des deutschen Staatsbürgers. Das von den Deutschnationalen gewünschte und geförderte autoritäre Regime hat die öffentliche Ruhe und Ordnung mehr gefährdet als alles andere (Beifall b.d.Nat.Soz.). Wir betrachten die Ausschuss-Vorlage nur als erste Etappe der Amnestierung, die bald in grösserem Umfang kommen muss. Wir verlangen, dass die Zusage auf Einstellung der Sondergerichtsverfahren gegen unsere 856 SS und SA-Leute binnen kurzem wahr gemacht wird. Vor der Schluss-Abstimmung muss klargestellt werden, dass der Zentrums-Antrag soweit Gesetzeskraft erhält als er den Zersetzungs-Hochverrat bei

Reichswehr und Polizei von der Amnestie ausnimmt. Sollten auch diese Verbrechen amnestiert werden, dann würden wir eher das Opfer bringen, die Vorlage abzulehnen und unsere Gefangenen warten zu lassen, bis in wenigen Wochen durch unseren Machtantritt ihnen die Freiheit gegeben wird. (Beifall b.d.Nat.Soz.)

Abg. Dr. Graf (Bayr.Vp.): Die Autorität des Rechtes und des Staates verträgt Amnestien überhaupt nicht. Wo die Nachprüfung von Sondergerichtsurteilen notwendig ist, da muss sie für jeden einzelnen Fall erfolgen. Durch die zuständigen Landesjustizverwaltungen. Eine Reichsamnestie dürfte sich nur auf Reichsgerichtsurteile erstrecken. Aus diesen Erwägungen kommt die Bayerische Volkspartei zur Ablehnung des Amnestie-Entwurfs.

Abg. D. Strathmann (Chr.Soz.Volksdienst): Da die Amnestie-Vorlagen immer bestimmten politischen Bedürfnissen dienstbar gemacht werden, führen sie im Volke immer zu einer Minderung der Autorität der Justiz. Trotzdem lehnen wir nicht jede Amnestie ohne weiteres ab. Die Auswirkung der Terror-Notverordnung rechtfertigt es, im Wege einer Amnestie eine Korrektur der Rechtsprechung vorzunehmen und so den Uebergang zu ruhigeren Verhältnissen zu finden. Wir müssen aber eine Änderung des Ausschuss-Entwurfs dahin verlangen, dass Zersetzung, Hochverrat und jeder Landesverrat von der Amnestie ausgeschlossen wird.

Damit war die Aussprache beendet.

Bei der Abstimmung über den Änderungsantrag des Zentrums wurde die Herabsetzung der Höchstgrenze für die vollständig zu erlassenden Strafen von fünf auf zwei Jahre mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Auch die übrigen Änderungsanträge wurden mit der gleichen Mehrheit abgelehnt mit Ausnahme der in dem Zentrumsantrag gestellten Forderung, dass Zersetzungs-Hochverrat bei Polizei und Reichswehr nicht unter die Amnestie fallen soll. Diese Änderung wurde gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Die Sitzung dauert um 9 Uhr noch an.
